:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 28.11.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Priebkes Verbleib

ITALIEN. Nach Angaben der Zeitung „La Republica“ ist der im Oktober in Rom verstorbene NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke mittlerweile in Italien bestattet worden. Demnach hat Priebke seine letzte Ruhestätte nun auf dem Friedhof eines Gefängnisses. Lediglich ein Holzkreuz mit einer Nummer weise auf das Grab des früheren SS-Offiziers hin. Nur Priebkes Familie kenne den genauen Ort, auf dem es seit über 20 Jahren keine Bestattungen mehr gegeben habe.

hma ■

Bundesversammlung von „Pro D“

HILDESHEIM/BERLIN. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro Deutschland“ hat am 16. November in Hildesheim einen neuen Bundesvorstand gewählt. Im Amt bestätigt wurden der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs (Berlin), sein Stellvertreter Alfred Dagenbach (Heilbronn), der Generalsekretär Lars Seidensticker (Berlin), Bundesschatzmeister Dr. Manfred Schlender (Berlin) sowie die Beisitzer Mirko Schmidt (Meißen), Uwe Görler (München) und Torsten Meyer (Berlin). Neu in den Bundesvorstand zogen Günter Czichon (Berlin), Bianca Bubel, (Hildesheim), Brigitte Grosser (Köln), Richard Igelmann (Lorup), Johanna Salviti-Richter (Birkenfeld), Dieter Mutke (Laatzen), Andreas Tute (Edemissen) und Edith Fischer (Berlin) ein. Zum Internetbeauftragten wurde Stephan Böhlke aus Berlin gewählt, der die Gliederungen der Organisation beim Aufbau regionaler Internetpräsenzen unterstützen soll. Zudem beschloss die extrem rechte Organisation eine erhebliche Erweiterung ihres Grundsatzprogramms. Unterdessen geht die sog. „Bürgerbewegung pro NRW“ eigene Wege. Im Zuge ihrer Kandidatur für die Europawahl im kommenden Jahr gründet „Pro NRW“ nun „Freundeskreise“ außerhalb Nordrhein-Westfalens. Diese sollen als erstes Ziel aktiv dabei mithelfen, die notwendigen 4000 Unterschriften für den Wahlkampfantritt zusammenzubringen. Wird dieses Ziel erreicht, sollen die „Freundeskreise“ den Wahlkampf von „Pro NRW“ unterstützen. „Mittelfristig“ seien diese von Bedeutung im „Hinblick auf die bundesweite Neuaufstellung des freiheitlich-islamkritischen Spektrums nach der Europawahl“, heißt es auf der Internetseite von

Gegen NPD in Köln am 21.8.2013; Foto: K.R.

Die Rechte und die Wahlen

Zum Abschneiden der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien bei der Bundestagswahl 2013

Von Dr. sc. Roland Bach und Gerd Wiegel

Vier Feststellungen können allgemein getroffen werden:

Mit dem Auftauchen neuer Parteien im Parteienspektrum rechtsaußen in den letzten Jahren ist auch bei der Bundestagswahl das Bild für die Wähler unübersichtlicher geworden. Auch wenn neben den größeren Wahlparteien der extremen Rechten einige Splitterparteien wie die ÖDP (in Thüringen mit 0,3 Prozent) schon länger existieren, so ist mit dem Auftauchen der pro-Bewegungen und der „Alternative für Deutschland“ neue Dynamik ins Spiel gekommen. Daran ändert auch nichts, dass eine Reihe neuer Kleinparteien nicht zur Wahl zugelassen wurden und andere nur in einzelnen Bundesländern auf dem Wahlzettel standen.

Nach einer gewissen Aufschwungphase zwischen 2000 und 2006 sind die Wahlparteien der extremen Rechten seitdem aus einer tiefen Krise nicht herausgekommen. Weder die Übernahme der DVU durch die NPD noch deren Führungswechsel von Udo Voigt zu Holger Apfel haben dazu geführt, dass die NPD bundespolitisch wieder ein wahlpolitisch wichtiger Faktor geworden wäre. Der Niedergang der Republikaner setzt sich fort. Der Aufschwung rechtspopulistischer Kräfte, rechnet man die AfD dazu, ist dagegen deutlich sichtbar.

Wenn auch den einzelnen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien nicht die Überwindung der 5- Prozent-Hürde gelang, so ist ihr Wählerpotenzial doch eindeutig höher, wie zahlreiche Einstellungsuntersuchungen seit Jahren nahelegen. Stimmungen wie sie von der NPD in Hellersdorf, in Schneeberg, in Duisburg und in vielen anderen Städten im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Flüchtlingsheime geschürt werden, könnten sich bei entsprechenden Voraussetzungen auch in Wählerstimmen umsetzen. Beunruhigend hoch ist auch der hohe Prozentsatz der Nichtwähler, von denen künftig durchaus weitere für rechts mobilisierbar sind.

Bei allen Unterschieden und Differenzierungen springt ins Auge, dass in all diesen Parteien, mit Ausnahme der AfD, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit eine wichtige Rolle im Wahlkampf gespielt haben.

Fortsetzung Seite 2 unten

Aus dem Inhalt:

Ein nationalliberales Lebensgefühl 3

Wahlbündnis zwischen sechs rechtsextremen Parteien vereinbart 7

„Pro NRW“. Erste „Freundeskreise“ hätten „Islamkritiker und patriotische Aktivisten“ bereits in Berlin, München und Frankfurt gegründet.

hma ■

„Frei.Wild“ unter Druck

JENA/HANNOVER/MÜNCHEN/OBERTRAUBLING. In Jena ist nach zahlreichen Protesten ein Auftritt der Südtiroler Musikgruppe „Frei.Wild“ abgesagt worden. Der Gruppe wird die Verbreitung von Nationalismus und völkischer Ideologie vorgeworfen. Am 29.November will „Frei.Wild“ im „Capitol“ in Hannover ein Konzert geben. Auch dagegen formiert sich Widerstand. Unter dem Motto „Gegen Nationalismus und völkische Ideologie“ wurde für diesen Tag bereits eine Gegenkundgebung angemeldet, die nach 24 Stunden auf Facebook schon mehr als 1300 Sympathisanten zählte. Die bayerischen „Grünen“ fordern unterdessen eine Absage des Auftritts der Gruppe am 6. Dezember im „Circus Krone“ in München. Proteste gegen einen Auftritt von „Frei.Wild“ gibt es auch im Kreis Regensburg. Hier machen sich u.a. Abgeordnete der Oberpfälzer „Grünen“, der Bürgermeister der Gemeinde Obertraubling und der Stadtjugendring Regensburg für die Absage eines am 13. Dezember geplanten Konzertes der Gruppe stark, das in der Eventhalle „Airport“ in Obertraubling stattfinden soll.

hma ■

Bundeswehr Inlandseinsätze?

„Die Vorbereitung der Bundeswehr auf Inlandseinsätze ist ein gefährlicher Beitrag zur Militarisierung der Gesellschaft“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke zur heutigen Aufstellung der 30. und vorerst letzten Einheit der sogenannten Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kräfte)in der Berliner Julius-Leber-Kaserne. Jelpke weiter:

„Die RSU-Kräfte umfassen bundesweit über 3000 Reservistinnen und Reservisten, die im Ernstfall mobilisiert und bewaffnet werden sollen. Sie werden für jede denkbare Art des Inlandseinsatzes fit gemacht – von scheinbar harmlosen Hilfseinsätzen bis hin zur Niederschlagung innerer Unruhen. Bei ihrer Ausbildung liegt die Priorität auf der Vermittlung militärischer Fähigkeiten. Das hat mit die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage ausdrücklich bestätigt (Drs. 17/13384).

Erst im vorigen Sommer hatte das Bundesverfassungsgericht die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu schwerbewaffneten Inlandseinsätzen bei Katastrophenlagen massiv ausgedehnt. In diesem Zusammenhang ist die Aufstellung der RSU-Kräfte ein bedrohliches Signal. Denn zu ihren Aufgaben soll auch der Schutz Kritischer Infrastruktur gehören – ein nicht definierter, nahezu beliebiger Begriff, mit dem gegebenenfalls auch Proteste und Streiks an wirtschaftlich sensiblen Orten bekämpft werden können.

Die Bundesregierung will sich mit den neuen Kräften im Inland die Option erhalten, militärische Gewalt anzuwenden. Dagegen hält DIE LINKE: Krieg darf kein Mittel der Politik sein, auch nicht im Inland! DIE RSU-Kräfte müssen aufgelöst werden.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Bundeswehr setzt Kriegspropaganda an Schulen fort

„Die Bundeswehr will eine Neuauflage ihrer kriegsbefürwortenden ‚Unterrichtsmaterialien‘ an Schulen erstellen lassen.

Fortsetzung Seite 6 untens

Fortsetzung von Seite 1 zu den Wahlen

1. Zur NPD

Trotz der Übernahme der DVU ist ohne Zweifel die Situation der NPD für die Gewinnung von Wählern schwieriger geworden. Mit Pro Deutschland, Die Rechte und AfD sind Parteien angetreten, die zum Teil im gleichen Wählerspektrum um Stimmen konkurrieren. Insbesondere gelang es ihr nicht, die verkündete Linie einer „seriöseren Radikalität“, die vermeintlich neue Verpackung der alten Inhalte nach außen zu verkaufen, während es innen zunehmenden Widerstand gab. Während es der NPD in Richtung rechter Mitte nicht gelungen ist, Proteststimmen, z.B. im Zusammenhang mit der Eurokrise, für sich zu gewinnen und sie dieses Feld der AfD überlassen musste, wurde der verbal „seriösere“ Kurs von Apfel vom harten Nazispektrum als abschreckend und demobilisierend empfunden und lähmte teilweise Wahlkampfaktivitäten.

Wenn die nach wie vor wichtigste rechtsextreme Partei der BRD insgesamt ihren Anteil von 1,5 Prozent bei den Erststimmen und 1,3 Prozent bei den Zweitstimmen halten konnte (das waren 560 660 Wähler), so erreichte sie das mit einem militanten Wahlkampf, zugespitzten rassistischen Parolen und hohem Materialeinsatz (250 000 Plakate und einige Millionen Flugschriften propagierten unter anderem „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ und „Maria statt Scharia“).

Die Unterschiede Ost – West sind deutlich. Die höchsten Stimmenanteile für die NPD liegen wiederum in Sachsen (3,3 Prozent der Zweitstimmen), Thüringen (3,2), Brandenburg (zwischen 1,2 Prozent in Potsdam und 3,7 Prozent in Elbe/Elster), Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern (2,7 Prozent) und Ostberlin (zwischen 1,5 Prozent in Pankow und 3,9 Prozent in Marzahn-Hellersdorf). Im Umfeld des Heimes für Flüchtlinge in Hellersdorf, wo die NPD vermochte, Bürgerprotest zu organisieren, stieg ihr Anteil auf 10,2 Prozent (!).

Die Hochburgen für die NPD in Sachsen lagen traditionell in den Wahlkreisen Sächsische Schweiz (5,1), Görlitz (4,2), Erzgebirgskreis (4,0). In Thüringen ragt wiederum der Wartburgkreis heraus (4,0). Dabei erreichten die NPD-Spitzenfunktionäre Patrick Wieschke in diesem Kreis 5969 Stimmen (4,7 Prozent) und Thorsten Heise im Eichsfeld/Nordhausen 4371 Stimmen (3,3 Prozent).

In den westlichen Bundesländern konnte die NPD teilweise gerade die Erstattungsgrenze für Wahlkampfkosten überschreiten. In Bayern verlor sie bei den Landtagswahlen eine Woche zuvor fast die Hälfte ihrer Stimmen, erreichte nur noch 0,6 Prozent. Bei der BTW stellten 59.713 Erststimmen und 56.725 Zweitstimmen jeweils 0,9 Prozent dar. In Hamburg waren die 5610 Wähler nur 0,6 Prozent – ein Verlust von 0,3 Prozent. In NRW blieb mit 94 270 Zweitstimmen gerade ein Anteil von 1,0 Prozent. Auch hier jubelte die NPD dennoch über die Stimmen, die ihr die Ausländerhetze vor allem gegen Unterkünfte für Roma und Sinti in Duisburg I und Duisburg II eingebracht hatten (4618 =3,9 Prozent und 4689=4,5 Prozent).

2. Die RECHTE

Hervorgegangen aus der aggressiv-militanten Kameradschaft „Autonome Nationalisten“ in Dortmund hat Parteigründer Christian Worch die deutlich als Neonazipartei klassifizierte Vereinigung in Nordrhein-Westfalen auf die Wählerlisten gebracht. In den Wochen des Wahlkampfes trat sie in bekannter Weise als hetzerisch, provokant und militant auf. Gleichzeitig meldete sie ihre Absicht an, zur Europawahl 2014 und zu den nächsten Kommunalwahlen anzutreten. In 6 Bundesländern, darunter auch in Brandenburg und Berlin wurden inzwischen Landesverbände gegründet. Mit 2288 Stimmen wurde der Stimmenanteil in NRW mit 0,0024 Prozent beziffert.

3. Republikaner

Die REP blieben auch bei diesen Wahlen weiter im Sinkflug. Ein Teil ihrer Anhänger lief zur AfD über. Insgesamt (die REP traten nicht in allen Bundesländern an) votierten noch 91 660 Bürger für sie. In Hessen waren es für den Landtag 9.457 (0,3 Prozent) und 8428 für den Bundestag (0,3 Prozent), in Thüringen 2614 (0,2 Prozent), in NRW mit 13 973 Zweitstimmen nur 0,1 Prozent, in Bayern bei der Landtagswahl noch 1,0 Prozent,

Fortsetzung Seite 4

Ein nationalliberales Lebensgefühl

BRÜSSEL. Ein halbes Jahr vor den Europawahlen bemühen sich Parteien der äußersten Rechten auf dem gesamten Kontinent um den Aufbau internationaler Bündnisse. In der Bundesrepublik diskutiert die „Alternative für Deutschland" (AfD) über eine Kooperation mit der britischen UKIP; das Ergebnis dürfte vom Ausgang eines Flügelstreits in der Partei abhängen, der gegenwärtig eskaliert. Am gestrigen Mittwoch haben einige der erfolgreichsten Parteien der äußersten Rechten Pläne zur Zusammenarbeit im Europaparlament bekundet, an vorderster Stelle der französische Front National (FN) und die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders. Die Bündnispläne schließen Parteien auch in Österreich, Nordbelgien, Norditalien und Schweden ein. Ziel ist zunächst, sich im Europaparlament zusammenzuschließen; dort könne man womöglich zur viertstärksten Kraft werden und das politische Klima deutlich ändern, heißt es. Als potenzielle Kooperationspartner in Deutschland gelten, sollte sich in der AfD der Rechtsaußen-Flügel intern nicht durchsetzen können, die „pro"-Organisationen aus Nordrhein-Westfalen („pro Köln", „pro NRW"); allerdings wird ihnen der Einzug in das Europaparlament nicht zugetraut.

Flügelkämpfe

Im Rahmen der Bündnisdebatten auf der äußersten Rechten, die mit Blick auf die Europawahlen im Mai nächsten Jahres auf dem gesamten Kontinent vorangetrieben werden, kommt in Deutschland zur Zeit der „Alternative für Deutschland" (AfD) die stärkste Bedeutung zu. Die AfD hat den Einzug in den Bundestag mit 4,7 Prozent der gültigen Stimmen relativ knapp verfehlt, kann jedoch als einzige Partei rechts von CDU und CSU mit dem Einzug ins Europaparlament rechnen. Zur Zeit toben in ihr heftige Flügelkämpfe. Ursprünglich entstanden aus wirtschaftsliberal-konservativen Segmenten des deutschen Establishments, die den Euro ablehnen, hat die AfD sich beim Parteiaufbau in der Fläche und bei den Bundestagswahlen auch aus ultrarechten Milieus bedient, die im Laufe der Monate stärker wurden und nun die Chance wittern, zumindest einige Landesverbände auf ihren Kurs festzulegen. Der Flügelkampf ist bislang noch nicht entschieden. Er dreht sich unter anderem um die Frage, wie mit Übertritten aus der Kleinstpartei „Die Freiheit" umzugehen ist, die dazu aufgerufen hat, die AfD zu unterstützen. „Die Freiheit" gehörte zum europäischen Netzwerk von Geert Wilders.[1]

Tories oder UKIP?

Der Flügelstreit in der AfD verbindet sich inzwischen mit der Frage möglicher Bündnisse auf europäischer Ebene. Parteichef Bernd Lucke und zahlreiche weitere Vertreter des wirtschaftsliberal-konservativen Flügels suchen die Partei auf einen überwiegend konservativen Kurs einzuschwören und plädieren für den Fall eines Einzugs ins Europaparlament für eine Kooperation mit den britischen Tories. Der ultrarechte Flügel hingegen spricht sich klar für eine Zusammenarbeit mit der britischen UKIP aus. Letzte Woche sind zwei einflussreiche Mitglieder der AfD-Landesverbände in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel mit UKIP-Chef Nigel Farage zusammengetroffen; dabei sei es „auch um die Frage einer künftigen Zusammenarbeit im EU-Parlament gegangen", heißt es in Berichten. Es habe dazu ein „sehr persönliches Gespräch" mit Farage gegeben.[2] In der UKIP gibt es durchaus Sympathien für Geert Wilders und seine Partij voor de Vrijheid (PVV) [3], auch wenn Farage sich kürzlich noch dagegen ausgesprochen hat, sich in Wilders' europaweite Bündnispläne zu integrieren.

Formale Distanz

Wilders hat mit seinen Kooperationsbestrebungen selbst einen Kurswechsel vollzogen. Als er im Jahr 2006 die PVV gründete, handelte er strikt nach der Maxime, mit einer hart gegen den Islam gerichteten Agitation zwar rassistische Wählerschichten anzusprechen, aber offiziell stets klare Distanz zur extremen Rechten zu wahren – um koalitionsfähig zu bleiben. Wilders hat die PVV so konstruiert, dass er formal das einzige Parteimitglied ist und damit totale Kontrolle über das Personal besitzt – sich also von allen trennen kann, die Kontakte in die extreme Rechte aufnehmen. International hat Wilders – trotz großer inhaltlicher Nähe etwa zum Vlaams Belang und der FPÖ – ebenfalls die Zusammenarbeit mit allen Parteien gemieden, die zur extremen Rechten gezählt werden oder mit ihr verbunden sind. Dadurch ist es ihm gelungen, 2010 die Duldung einer Minderheitsregierung zu übernehmen und auf diese Weise eine Zeitlang direkten Einfluss auf die niederländische Regierungspolitik zu erlangen. Seine Versuche, europaweit Parteienbündnisse ohne Beziehung zur extremen Rechten aufzubauen – Wilders unterstützte etwa die deutsche Kleinstpartei „Die Freiheit" -, scheiterten jedoch.

Bündnispläne

Dieses Jahr hat Wilders nun mit seiner alten Maxime, zur extremen Rechten strikt auf Distanz zu bleiben, gebrochen. Im April traf er erstmals mit Marine Le Pen zusammen, der Vorsitzenden des extrem rechten französischen Front National (FN). Noch im selben Monat drangen Berichte an die Öffentlichkeit, Wilders plane ebenfalls ein Bündnis mit dem nordbelgischen Vlaams Belang. Am 20. August kam er in Wien mit dem FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache zusammen. Über das Treffen berichtete das deutsche Rechtsaußen-Blatt „Zuerst" mit großem Interesse, Wilders habe geäußert, seine Partei habe „mit der FPÖ mehr gemeinsam (...) als mit dem Rest des niederländischen Parlaments".[4] Strache hingegen habe „seiner Freude Ausdruck" verliehen, „Wilders kennenzulernen, und

Fortsetzung Seite 4 unten

Schnipsel zur programmatischen Entwicklung der AfD:

Deutschland zuerst

In einer Presseerklärung der AfD Sachsen ließ Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD und Landesvorsitzende Sachsens, erklären:

„Der deutschen Politik sei die Fähigkeit abhanden gekommen, Prioritäten zu setzen, so Petry weiter. Man kümmert sich mit Begeisterung darum, in Kreuzberg Unisex-Toiletten aufzustellen, unterstützt mit deutschem Steuergeld griechische Reeder und lädt die Armen dieser Welt ein, nach Deutschland zu kommen und hier Sozialhilfe zu beziehen. Die Interessen des eigenen Volkes, zumal die Zukunftssicherung dieses Volkes sind dagegen nebensächlich geworden."

(Bundespresseportal, 12.11.13)

Traditionelles Familienbild

Petry in einem Interview:

„Ich stehe hinter dem besonderen Schutz von Ehe und Familie, wie er im Grundgesetz festgeschrieben ist. Gegen eine steuerliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften im Sinne gleicher Rechte und gleicher Pflichten habe ich nichts, aber die immer weitere Zurückdrängung der Familie unterstütze ich nicht. ... Die Homosexualität ist eine Lebensform von einer kleinen Minderheit, es gibt gerade einmal 30 000 eingetragene Lebenspartnerschaften gegenüber 18 Millionen Ehen. Doch medial wird ein ungeheurer Druck ausgeübt, dass sich jeder zu diesem Problem positionieren muss. Dabei bleiben die Anliegen der übergroßen Mehrheit auf der Strecke."

(compact-Magazin, 5.11.13) F. ■

aber bei der BTW mit 8.224 Stimmen auch nur noch 0,1 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern stellten 660 Wähler für die REP den gleichen Anteil von 0,1 Prozent sicher.

4. pro Deutschland

In einigen Bundesländern war diese Partei auf den Wahlzetteln zu finden, fand aber kaum Anhänger. Insgesamt addierten sich ihre Ergebnisse auf 74.311 Stimmen. Dabei hängte sich die antiislamistische und rassistische Partei in Berlin in die Kampagnen der NPD (Hellersdorf) ein. In NRW sammelten sich 23211 pro-Anhänger (0,2 Prozent) aus dem sonst eher zerstrittenen Lager. In Sachsen stellten 9763 Stimmen einen Anteil von 0,4 Prozent dar. In Bayern waren die 5226 Stimmen aber nur 0,1 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern war die „pro D"-Partei mit 1681 Stimmen (0,2 Prozent) anzutreffen. In Hessen waren die 0,1 Prozent 3780 Stimmen.

5.Andere Kleinstparteien

Die restlichen schon über Jahrzehnte existierenden Kleinstparteien vermochten nur marginale Ergebnisse vorzuweisen. So blieb die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) nur in Sachsen mit 5116 Wählern (0,2 Prozent) erwähnenswert. Ansonsten firmierte sie unter 0,0 Prozent. Die Ökologisch-Demokratische Partei – ebenfalls weit rechts stehend – vermochte es, bei der bayrischen Landtagswahl 127 085 Stimmen (2,1 Prozent) einzusammeln, in Thüringen waren es 0,3 Prozent. In Hamburg wurden aus 627 Stimmen gerade noch 0,1 Prozent.

6. Die „Alternative für Deutschland" (AfD)

Die eurokritische Partei AfD erreichte ihr Wahlziel, in den Bundestag im Sturmschritt zu gelangen, nicht, feierte dennoch einen überraschend hohen Zuspruch, der sie innerhalb von 6 Monaten mit 4,7 Prozent Wählerstimmen an die Schwelle zum Bundestag führte. Mit ihrer Propaganda überzeugte die Partei über zwei Millionen Wähler. Parteichef Lucke tönte zufrieden: „Wir haben die anderen Parteien das Fürchten gelehrt." Die 16 Landesverbände mit 14 000 Mitgliedern und ausreichend finanziellen Mitteln und umfangreichen schriftlichen Materialien ausgestattet sicherten den Wahlkampf deutschlandweit. Über die politische Ausrichtung der Partei lässt sich gegenwärtig noch nichts Abschließendes sagen. Sie gehört auf jeden Fall zum Spektrum der politischen Rechten, kann aber gegenwärtig nicht als Partei der extremen Rechten klassifiziert werden. (vgl. www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Aufstieg_des_Rechtspopulismus_auch_in_Deutschland.pdf) Gegen die Vorwürfe, eine rechtslastige Partei zu sein und weiter rechts stehende Kräfte anzuziehen, wehrte sich die Parteispitze vehement, konnte sie aber nicht vollständig entkräften. Unübersehbar gibt es aber auch gegenwärtig schon rechte Tendenzen, so die Werbung der Rechtspostille „Junge Freiheit" für die Partei, der Übertritt von 350 Mitgliedern der Partei „Die Freiheit" zu AfD und schließlich in der Endphase des Wahlkampfes die unverhohlenen Erklärungen, dass „Deutsche Interessen" vorgehen müssten und die Bezeichnung bestimmter „Einwanderergruppen" als „ sozialen Bodensatz".

Der Stimmenanteil lag im Osten Deutschlands allgemein höher als in den meisten westlichen Bundesländern:
Berlin: 88 060 Stimmen (4,9 Prozent) (Köpenick 5,6 Prozent)
Brandenburg: 83075 Stimmen (6,0 Prozent) (Cottbus 6,9 Prozent, Frankfurt/Oder 6,4 Prozent)
Mecklenburg/Vorpommern: 48 814 Stimmen (5,6 Prozent)
Sachsen: 157 711 Stimmen (6,8 Prozent)
Thüringen: 75 941 Stimmen (6,2 Prozent)
Bayern: 282 574 Stimmen (4,3 Prozent)
Hessen: 176 096 Stimmen (5,6 Prozent)
Hamburg: 36 472 Stimmen (2,2 Prozent)
NRW: 351 567 Stimmen (3,9 Prozent).
Die Stimmen für die AfD, die nicht nur aus dem Nichtwählerbereich, sondern stark auch aus den bisherigen Wählern der Bundestagsparteien schöpfte, kamen nur zu einem geringen Teil von der NPD, obwohl natürlich die Konkurrenzsituation nicht zu übersehen ist. So hat die NPD in Hessen, Brandenburg und Thüringen, wo die AfD starke Ergebnisse erzielte, keine Verluste im Vergleich zu 2009 erlitten. Im Saarland konnte sie trotz eines überdurchschnittlichen AfD-Ergebnisses sogar zulegen. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, den beiden Ländern mit einer NPD-Landtagsfraktion, gab es bei guten AfD-Ergebnissen deutliche Verluste für die NPD, deren Ursachen jedoch eher in den internen Auseinandersetzungen der NPD liegen dürften. Bemerkenswert ist, dass die AfD 410 000 Stimmen und damit den zweithöchsten Anteil der zu ihnen gewanderten Stimmen (430 000 kamen von der FDP) von früheren Wählern von Kleinstparteien, den „sonstigen", bekommen hat. Interessant ist dieser politische Neuling ganz offensichtlich für alle Außenseiter, die sich von den etablierten nicht vertreten fühlen.

Mit Erklärungen, man sei offen für „politische Allianzen", das Ziel sei nicht, Angela Merkel „zu stürzen", setzt die AfD nun auf den Europawahlkampf 2014. Gewollt ist ein klarer Bruch mit der bisherigen Euro-Rettungspolitik.

---

blicke einer weiteren Zusammenarbeit mit Spannung entgegen".

Um die 20 Prozent

Am gestrigen Mittwoch haben nun Wilders (PVV) und Le Pen (FN) öffentlich ihren Willen zu einer künftigen Zusammenarbeit bekundet. Am heutigen Donnerstag findet in Wien ein weiteres Treffen statt, bei dem die FPÖ ihrerseits Möglichkeiten einer internationalen Kooperation sondiert. Insgesamt geht es um eine Zusammenarbeit der stärksten Parteien der äußersten Rechten in Europa. Der PVV, dem FN und der FPÖ wird unter für sie günstigen Bedingungen ein Wahlergebnis von um die 20 Prozent zugetraut; der Vlaams Belang könnte dies in Nordbelgien – nur dort tritt er an – ebenfalls erreichen. Die Lega Nord erzielt im norditalienischen Durchschnitt zweistellige Ergebnisse, die Schwedendemokraten erreichen in Umfragen ebenfalls mehr als zehn Prozent. Zusammen könnte dies reichen, um die viertstärkste Kraft im Europaparlament zu werden – auch wenn eine deutsche Komponente möglicherweise noch fehlt: Die „pro"-Vereinigungen aus Nordrhein-Westfalen, die den genannten Parteien politisch nahestehen, sind allenfalls mit wenigen Abgeordneten in lokalen Parlamenten vertreten; der Einzug in das Europaparlament wird ihnen nicht zugetraut.

Wie die FPÖ

Auf lange Sicht käme hingegen, sollte sich ihr Rechtsaußen-Flügel durchsetzen, die AfD als Kooperationspartnerin für das europäische Parteienbündnis der äußersten Rechten in Betracht. Über ihre heutige Befindlichkeit hat ihr Bundesvorstandsmitglied Alexander Gauland kürzlich geäußert, es gebe in der Partei „ein altes, lange verschüttetes nationalliberales Lebensgefühl".[5] Als „nationalliberal" stuft sich auch die FPÖ ein, zu der auf dem rechten Flügel der AfD durchaus Kontakte bestehen (german-foreign-policy.com berichtete [6]).

Über die aktuelle Entwicklung der extremen Rechten im deutsch dominierten Europa berichtet german-foreign-policy.com in den kommenden Wochen in lockerer Folge.

[1] zur AfD s. auch Brüche im Establishment, (1, 2 und 3)
[2] AfD-Funktionäre loten Zusammenarbeit mit Nigel Farage aus; www.jungefreiheit.de 08.11.2013
[3] UKIP at the crossroads; www.searchlightmagazine.com 01.06.2012
[4] Österreich: FPÖ-Chef Strache und PVV-Chef Wilders erörtern Kooperationsmöglichkeiten; www.zuerst.de 23.08.2013
[5] Alexander Gauland: Alternative für Deutschland – ein Lebensgefühl; www.welt.de 20.10.2013
[6] s. dazu Brüche im Establishment (III)

www.german-foreign-policy.com

Gedenken an Pogromnacht

Aachen. *Mit einer Mahnwache auf dem Synagogenplatz unter dem Titel „Der Opfer gedenken, die Zukunft gestalten frei von Antisemitismus, Rassismus, Faschismus und Krieg“ wurde in Aachen am 10. November an die Pogromnacht von 1938 erinnert.*

Auf der Kundgebung sprachen der Politologe Dr. Richard Gebhardt sowie der DGB-Vorsitzende NRW Süd-West (Aachen) Ralf Woelk. Wir dokumentieren Auszüge aus ihren Reden.

Dr. Richard Gebhardt:

Im Vorfeld der diesjährigen Veranstaltungen zum Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938, hat der Münchner Historiker Michael Wolffsohn in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ 13 provozierende Thesen vorgelegt, die die Bedeutung der „vielen 9. November“ für die deutsche Geschichte behandeln. Ich zitiere: „Machen wir uns nichts vor: Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus verkümmert meistens zum gedankenlosen, sinnentleerten Ritual. Die immergleichen Redner und immergleichen Schreiber verbreiten die immergleichen Worthülsen und Schlagworte „Gegen das Vergessen!“ oder „Nie wieder!“ Die Bürger lassen diese formalen Äußerlichkeiten über sich ergehen. Innere Anteilnahme? Null.“

Es mag sein, dass die offiziellen Gedenkrituale, denen ein deutscher Professor bisweilen beizuwohnen pflegt, einen solchen Eindruck hinterlassen können. Die öffentliche Erinnerung an die Opfer der Novemberpogrome lebendig zu halten bedeutet jedoch, Schlussfolgerungen aus der Geschichte zu ziehen, ohne eine schlichte Wiederholung derselben zu behaupten. Die Tradition unserer alljährlichen Gedenkveranstaltung, die – wie es so schön heißt – „von unten“, von zahlreichen Einzelpersonen und Initiativen begründet wurde, geht auf das Jahr 1988 zurück. Damals jährte sich die „Reichspogromnacht“ zum 50. Male. Im Rahmen dieser Tradition wurde oftmals an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens erinnert, die unsere Stadt nach den Novemberpogromen, die sich ja vielerorts längst nicht nur auf die sogenannte „Kristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 beschränkten, verlassen mussten. Ihnen wurde Name und Gesicht wiedergegeben. Nicht selten sprachen auch an dieser Stelle lokale Zeitzeugen, die als Kinder und Jugendliche die Ausschreitungen erlebt haben und danach mitansehen mussten, wie das private Vermögen ihrer Familien „arisiert“ und somit faktisch auch von ehemaligen Nachbarn erbeutet wurde; wie ihre Angehörigen in die sogenannte „Schutzhaft“ genommen, aus dem öffentlichen Leben entfernt und später in den Lagern ermordet wurden. (…)

Aber das öffentliche Gedenken an die „Reichspogromnacht“ hat seinen Zweck nicht nur in der Mahnung und Erinnerung. Immer dann, wenn es die aktuellen Ereignisse verlangten – und das war sehr oft der Fall –, wurde an dieser Stelle die Stimme gegen antisemitische oder rassistische Ausschreitungen der Gegenwart erhoben. Das war in den Neunziger Jahren auf dem Höhepunkt der „Asyldebatte“ so, das war im Jahr 2000 so, als weit über tausend Demonstranten am Willy-Brandt-Platz gegen Antisemitismus und Rassismus demonstrierten, und das war in den letzten beiden Jahren so, nachdem die Öffentlichkeit von der Mordserie des NSU erfuhr.

Uns treibt auch heute, 75 Jahre nach der „Reichspogromnacht“, nicht die Pflicht zur Erfüllung eines Rituals auf die Straße, sondern der Drang, auch in der Gegenwart gegen die Ideologien der Ungleichwertigkeit zu protestieren. Heute, wo sich in Schneeberg und anderswo wieder ein Mob vor den Flüchtlingsheimen bildet und deren Insassen bedroht. Heute, wo auch in der Aachener Region antisemitische Delikte nach wie vor ein zentraler Teil der politisch motivierten Kriminalität sind.

Unsere Erinnerung an den 9. November 1938 schärft das Bewusstsein dafür, dass sich die Ideologie des Antisemitismus eben nicht nur bei den organisierten Neonazis nachweisen lässt.

… Die Universität Osnabrück hat beispielsweise in diesem Jahr eine Studie vorgelegt, wonach von den befragten Studentinnen und Studenten satte 40 Prozent dem Satz „Deutsche Frauen sollten keine Juden heiraten“ mit unterschiedlicher Gewichtung zustimmen. …

Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland warnte in seiner Essener Rede vor einer „Nazi-Revolution in Europa“. Und in der Tat geben die Nachrichten aus Ungarn, Frankreich oder Griechenland Anlass zur Sorge. Noch gibt es in Deutschland keine bundesweit erfolgreiche Partei, die der „Goldenen Morgenröte“ vergleichbar wäre. Aber die Verbreitung antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung gibt keinen Grund zur Beruhigung. Es ist zu befürchten, dass bei einer Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzkrise auch hier wieder die alten Stereotype, Klischees und Obsessionen gegen die in Deutschland lebenden Juden gerichtet werden.

Deshalb ist unsere Veranstaltung kein bloßes Gedenkritual, sondern eine ständige Solidaritätserklärung an das neue jüdische Leben in Deutschland!

Ralf Woelk, DGB Aachen

Der 9. November ist in der dt. Nachkriegsgeschichte fester Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Und am Ende dieser Veranstaltungen ist man sich immer und immer wieder einig über das ‚Nie mehr…‘ – über das , Nie wieder…‘ und über das ‚Nie mehr darf von deutschem Boden aus…‘

Und trotzdem passiert es immer wieder, trotz alledem passiert es immer noch…

… Dass es für restriktives Handeln gegenüber Rechtsextremen (auch) in Aachen genügend Anlass gibt, konnten beispielsweise am vergangenen Wochenende die TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen die Missstände der europäischen und deutschen Asylpolitik erleben, als sie von einer Gruppe Rechtsradikaler mehrfach angegriffen wurde. …

Dass es sich bei diesem Überfall auf eine friedliche Demonstration um eine gemeinsame Aktion von eindeutig rechtsradikalen Organisationen und Personen aus dem Umfeld der rechtsoffenen Aachener Hooligan-Szene handelte, ist kein Zufall. Denn schon lange ist der Tivoli ein Ort, an dem rechtsradikale Personen gezielt auftreten, um die Fanszene zu unterwandern. Die Auseinandersetzung in Aachen hat daher eine lange Vorgeschichte. Und dennoch ist sie keine Aachener Besonderheit. Im Gegenteil: Rechtsextremisten versuchen seit Jahren gezielt in den Fußballstadien die Vorherrschaft in der Ultra-Fanszene zu erlangen. Dabei gehen sie gezielt gegen solche Fangruppierungen vor, die sich gegen Rassismus, Homophobie und Sexismus in der Fanszene auflehnen. Eine solche Gruppierung bildete auch die Aachener Ultra-Gruppe ACU. Und nur deshalb, weil sie sich gegen Rassismus im Stadion einsetzten, eine eigene kreative Fankultur entwickelt haben, wurden sie zum Zielobjekt rechter Fußballhooligans. Anfang dieses Jahres kapitulierte schließlich diese Ultra-Gruppe, weil es ihr nicht mehr möglich erschien, die Gesundheit der eigenen Mitglieder beim Besuch des Stadions, insbesondere bei den Auswärtsfahrten zu gewährleisten.

… Die Vereine haben es in der Hand, mit ihren Worten, aber vor allem auch mit ihren Taten, rechtsradikale Elemente aus den Stadien rauszuhalten. Aber das gleiche gilt für uns alle: Es gilt für PolitikerInnen, es gilt für JournalistInnen, es gilt für Vertreter der Behörden, der Vereine, es gilt für jeden von uns:

Konsequenz in Wort + Tat sind die notwendigen Voraussetzungen und Mittel für eine wirksame Bekämpfung von Rechtsextremisten und Rassisten.

Das sollte für uns alle eine Lehre aus der deutschen Geschichte – eine Lehre des 8. November 1938 sein. ■

Meldungen der AG REX

Nazi-Aufmarsch blockieren!

Das Bündnis „Magdeburg nazifrei“ ruft dazu auf, diesmal am 18. Januar 2014 den von Neofaschisten geplanten Aufmarsch zu blockieren. Antifaschistische Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet werden sich beteiligen. Die Mobilisierung steht unter dem Motto „Nazis blockieren – was sonst?“ Während die Neonazis versuchen, den 69. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs durch die Alliierten wiederum für ihre Provokationen zu missbrauchen und als größte Ersatzdemo nach den gescheiterten Dresdener Aufmärschen ansehen, beraten die Antifaschisten über eine noch bessere Abstimmung ihrer Aktionsformen auch mit verschiedenen lokalen Initiativen.

Nazifrei! – Dresden stellt sich quer

In Dresden hat die Debatte um die richtige Erinnerungskultur und das Gedenken für die Opfer der Bombardierung im Februar 1945 weitere Fortschritte gebracht. Aus dem begonnenen Umdenken ist ein offizielles Konzept zur städtischen Erinnerungspolitik entstanden, das Anfang 2014 im Stadtrat beschlossen werden soll. Es regt an, nicht mehr nur in stillem Gedenken an die Opfer zu erinnern, sondern vor allem Entwicklungen zu betonen, die zu historischen Ereignissen hinführen. Indem auch solche Ereignisse wie die Zerstörung der Dresdener Synagoge am 9. November 1938 und andere Naziverbrechen in den Blick rücken, wird zugleich den Neonazis die Möglichkeit weiter beschränkt, das Gedenken am 13. Februar für sich zu vereinnahmen. Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ hat inzwischen angekündigt, auch 2014 erneut einen Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden mit Blockaden zu verhindern (Motto „Wieder setzen – Nazis blockieren!“).

Preis für mutiges Engagement in Sachsen

Dresden: Zehn sächsische Initiativen wurden für ihr hervorragendes Engagement für Demokratie und gegen den Rechtsextremismus mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie ausgezeichnet. Die beiden Hauptpreise von je 5000 Euro gingen an die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz Osterzgebirge (Pirna) und das Soziokulturelle Zentrum Alte Brauerei Annaberg-Buchholz. Andreas Petzold, Herausgeber des Hamburger Magazins Stern, würdigte in seiner Laudatio die Initiativen für ihr mutiges Engagement in Regionen, „in denen rechtsextreme Bedrohungen und Einschüchterungen leider keine Seltenheit sind“.

Mobile Beratung vor Aus

Sachsen: Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Mobilen Beratungsteams gegen Rechts und die Opferberatung vor dem Ende stehen, weil der Freistaat für 2014 kein Geld für die beiden Projekte eingeplant hat. Der Hintergrund ist, dass die Trägervereine Kulturbüro Sachsen und RAA bei der Koalition aus CDU und FDP wenig beliebt und als eher links eingestuft sind und man in Sachsen neue Trägermodelle mit dem Verfassungsschutz bastelt.

Kein Thor Steinar im Rathaus!

Meerane: Der Stadtrat von Meerane hat das Tragen der unter Rechtsextremen beliebten Modemarke „Thor Steinar“ im Rathaus verboten. Die Festlegung geht auf einen Disput vom August zurück, als der NPD-Stadtrat Gensch, der auch für den Bundestag kandidierte, mit Thor-Steinar-Oberteil auf einer Stadtratssitzung erschien. Im Verlauf eines Streits wurde er darauf hingewiesen, dass er, falls er in den Bundestag gewählt würde, den in dieser Kleidung nicht betreten dürfe. Mit seinem Beschluss hat der Stadtrat nachgezogen und dieselbe Regelung eingeführt. Das Verbot könnte Wellen im Landkreis Zwickau schlagen, wo Gensch ebenfalls im Kreistag sitzt und schon mehrfach in solcher Kleidung aufgetreten ist. Ein Verbot gilt auch in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Noch immer...

Dresden: Die Neuauflage des Landfriedensbruch-Prozesses gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König, der im Frühjahr nach der Aufdeckung vieler Widersprüche und Fälschungen auf Seiten der Anklage geplatzt war, ist jetzt ins nächste Jahr verschoben. Noch immer aber will die Staatsanwaltschaft ein Exempel wegen des massenhaften Widerstandes gegen die Naziaufmärsche 2011 schaffen und angebliche Aufrufe zur Gewalt gegen Polizisten bestrafen.

KZ-Wächter doch noch vor Gericht

Stuttgart: Nachdem jahrzehntelang die Justiz Tausende KZ-Wächter aus Auschwitz straflos davon kommen ließ, wurde jetzt ausgehend von „veränderter Rechtsauffassung“ nach dem Demjanuk-Prozess (D. ist inzwischen verstorben) doch noch von der Staatsanwaltschaft Stuttgart ein 93jähriger Greis aus dem württembergischen Aalen wegen seiner Tätigkeit in der faschistischen Mordmaschine des Lagers angeklagt. Wie verlautet seien Vorermittlungen gegen weitere 30 ehemalige Auschwitz-Wächter abgeschlossen, eine Reihe Anklagen gegen die zum Teil sehr alten Männer wegen Beihilfe zum Mord würden folgen. ■

Sie setzt damit weiterhin auf die Indoktrinierung von Schülerinnen und Schülern“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (18/31). Jelpke weiter:

„Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr hatte im Sommer ein Vergabeverfahren für ein ‚Informationspaket für Schüler und Lehrer zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik‘ eingeleitet. Das ist zunächst gescheitert, weil es nur einen einzigen Teilnehmer gab: Die Universum AG, die schon die bisherigen, unter dem Titel ‚Frieden&Sicherheit‘ publizierten Materialien erstellt. Diese Materialien entstehen unter maßgeblichem Einfluss der Bundeswehr, die sie finanziert und berät, sie werden Lehrpersonal und SchülerInnen umsonst angeboten und stellen die offizielle Sicherheitspolitik Deutschlands einseitig und affirmativ dar.

Das wird auch in Zukunft so bleiben: Die Bundeswehr verhandelt jetzt direkt mit Universum über eine Neuauflage für die Jahre 2014 bis 2016. Weiterhin wird die Bundeswehr die Materialien zu 100 Prozent finanzieren, auch eine Versandoption ist jetzt wieder vorgesehen; weiterhin wird das Verteidigungsministerium eine ‚fachliche Beratung‘ anbieten, und zwar ausgerechnet, wie die Regierung mitteilt, ‚durch das Fachpersonal der Öffentlichkeitsarbeit‘; weiterhin werden die Materialien also einseitig die regierungsamtliche Kriegspolitik legitimieren.

Aufschlussreich ist, dass im Ausschreibungsverfahren ausdrücklich von der Dienstleistungskategorie ‚Werbung‘ die Rede war. Überraschend ehrlich – denn um nichts anderes als Werbung fürs Militär handelt es sich beim gewünschten Produkt. Im Schulunterricht hat so etwas nichts zu suchen. Ich appelliere an alle Lehrerinnen und Lehrer, dieses Angebot auszuschlagen.

Die komplette Antwort der Bundesregierung kann hier (http://www.ulla-jelpke.de/uploads/KlAnfrage_BMVg_Drs_18_31_Milit%E4r_Werbepaket) heruntergeladen werden.

Ulla Jelpke, MdB ■

Europaparlamentswahl 2014:

Wahlbündnis zwischen sechs rechtsextremen Parteien vereinbart

Bei einem Treffen in Wien wurde ein Pakt zwischen u.a. der FPÖ, dem französischen FN, dem belgischen Vlaams Belang und der italienischen Lega Nord geschlossen. Zwei Tage zuvor traf Marine Le Pen in Den Haag mit dem niederländischen Rassisten Geert Wilders zusammen

Sage mir, mit wem Du koalierst, und ich sage Dir, was Du bist! Ungefähr so lässt sich die Problematik zusammenfassen, vor der verschiedene Kräfte der extremen Rechten in Europa derzeit stehen. Ihr Umgang damit fällt allerdings unterschiedlich aus. Denn manchen der betreffenden Parteien kommt es durchaus gelegen, in die Nähe ihrer Geistesverwandten im Rest des Kontinents gerückt zu werden, um daraus ein Gefühl der Stärke und einen vermeintlichen Bedeutungszuwachs abzuleiten. Andere wiederum scheuen den Vergleich oder glauben, durch eilfertige Distanzierungsversuche von anderen Formationen alle Vorwürfe des Rassismus auf diese abladen zu können.

Dieses Spiel ist nicht neu. Spätestens, seitdem Jörg Haider und Jean-Marie Le Pen 1989 am Genfer See zusammentrafen und der Österreicher wenige Jahre später den Franzosen in Le Figaro und Le Monde als „Rassisten" kritisiert, kennt man die Ambivalenz der Beziehungen zwischen den Rechtsparteichefs. Heute heißen die Protagonisten jedoch nicht mehr Jörg Haider und Jean-Marie Le Pen, denn der Erstgenannte ist tot, und der heute 85jährige Le Pen senior führt seine Partei nicht mehr persönlich, sondern übergab den Vorsitz im Januar 2011 an seine Tochter Marine. Allerdings hat er noch das Amt eines „Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit" inne.

Am 15. November dieses Jahres trafen sechs europäische Parteien in Wien zusammen, wie am darauffolgenden Montag durch die FPÖ bekannt gegeben wurde, und vereinbarten ein Wahlbündnis für die Europaparlamentswahlen im Mai 2014. Neben der österreichischen Partei von Heinz-Christian Strache gehören dazu der französische Front National (FN) der Le Pens, die italienische Lega Nord, der belgische Vlaams Belang (VB), die „Schwedendemokraten" (Sverigedemokraterna, SD) und die slowakische „Nationalpartei" SNS.

Als ihr Ziel geben die vereinigten Rechtsextremen aus, zur drittstärksten Kraft nach Christ- und Sozialdemokraten im nächsten Europaparlament zu werden. Inhaltlich heißt es in ihrem gemeinsamen Kommuniqué, man wolle für „die Bewahrung der kulturellen Identitäten der europäischen Völker, gegen eine Masseneinwanderung und eine Islamisierung Europas" kämpfen. Bei allen sonstigen Unterschieden können alle betreffenden Parteien damit leben, ob sie nun mehr oder minder unmittelbare Wurzeln im historischen Faschismus aufweisen wie die FPÖ und auch Frankreichs FN, beziehungsweise im Neonazismus wie die Sverigedemokraterna bei ihrer Gründung 1988 (obwohl sie sich von diesen Ursprüngen inzwischen distanziert haben) – oder nicht direkt, wie die 1989 entstandene Lega Nord.

Eine weitere Partei war nicht in Wien dabei, wird aber ebenfalls bei den Plänen berücksichtigt, im kommenden Europaparlament eine gemeinsame Fraktion zu bilden – wofür mindestens 25 Abgeordnete aus sieben verschiedenen Mitgliedsländern der EU erforderlich sind. Am 13. November 2013, also zwei Tage vor der Zusammenkunft in Wien, hatte Marine Le Pen den niederländischen Rassisten und „Islamkritiker" Geert Wilders in Den Haag getroffen. Gemeinsam besuchten sie das niederländische Parlament und hielten eine Pressekonferenz ab, während zwei Dutzend antifaschistische Gegendemonstrant/inn/en Plakate hochhielten. Bereits am 22. April 2013 hatten Wilders und Marine Le Pen in Paris miteinander gespeist; damals war ihr Zusammentreffen allerdings erst drei Tage danach publik gemacht worden.

Wilders und die Israelfrage

Geert Wilders und seine 2006 gegründete „Partei für die Freiheit" PVV bleiben in der niederländischen wie in der europäischen extremen Rechten umstritten. Ursächlich dafür ist, neben seiner Herkunft aus der wirtschaftsliberalen Partei VVD, die er 2004 verließ, seine starke Bindung an den Staat Israel. Während ein Teil der europäischen extremen Rechten ebenfalls auf ein antimuslimisches Bündnis mit der israelischen Rechten setzt, steht bei anderen Kräften ein zu starkes antisemitisches Erbe dagegen.

Viele der rechten Formationen pflegen einen Doppeldiskurs. So nahm die FPÖ im Dezember 2010 an einer gemeinsamen Reise von vier rechtsextremen Parteien (Vlaams Belang, SD, „Pro Deutschland" und FPÖ) nach Israel teil, wo sie auch Siedlungen im besetzten Jordanland besuchten – Geert Wilders hielt sich damals ebenfalls zur selben Zeit, aber getrennt von deren Delegation und unabhängig von den sonstigen Rechtsparteien, in Israel auf. Dort trug Parteichef Strache beim Besuch in Jad Vashem jedoch eine Burschenschaftermütze als Kopfbedeckung, und sein Mitreisender Andreas Mölzer erklärte bei der Rückkehr im deutschen rechtsextremen Magazin ZUERST, man sei „nicht nach Canossa gegangen". Das antisemitische Erbe ist bei den Österreichern und in Teilen des Front National – dessen Führung sich davon jedoch offiziell abwendet – am stärksten. Hingegen stehen vor allem nordeuropäische Rechtsparteien eher für eine Allianz mit der israelischen Rechten ein.

Dänen und Finnen nicht dabei

Deswegen erklärte auch die rassistische, überwiegend antimuslimische „Dänische Volkspartei" DFP am 14. November d.J. durch ihren Sprecher Soeren Sondergaard sowie ihren Vizevorsitzenden Soren Espersen, man wolle nichts davon wissen, in das Bündnis mit der niederländischen PVV und dem französischen FN einbezogen werden. Letztere hatten die dänischen Rassisten zur Teilnahme aufgefordert. Sondergaard erklärte, der Front National sei noch immer „keine sympathische Partei" und zu antisemitisch. Als konkreten Grund nannte er die noch immer starke Präsenz von Jean-Marie Le Pen, auch wenn einzuräumen sei, dass seine Tochter Marine für einen anderen Kurs stehe. Geert Wilders hatte am Vortag in Den Haag ebenfalls auf Fragen nach dem Gründervater des FN antworten müssen, diese jedoch mit den Worten beiseite gewischt: „Marine Le Pen ist seine Tochter, nicht die Tochter seiner Ideen." Neben der DFP haben auch die „Wahren Finnen" (Perussuomalaiset, PS) ihre Distanz zu dem neuen Bündnis erklärt, auch wenn die Partei in Finnland ansonsten ebenfalls Gemeinsamkeiten besonders zur niederländischen extremen Rechten aufweist.

Wilders umstritten

In deren Reihen ist Wilders, ebenso wie auf der europäischen Ebene, umstritten. Die PVV dominiert zwar organisatorisch dieses Spektrum, doch neben ihr existieren extremere, teilweise militante, doch zersplitterte Gruppen. So zitiert die

Fortsetzung Seite 7 unten

Frankreich:

Rechts außen oder drinnen?

Der Front National zwischen Vereinnahmungsversuchen gegenüber dem konservativen Lager und politischem Außenseitertum

Das gesellschaftliche Klima in Frankreich ist von einer weit verbreiteten Unzufriedenheit geprägt. Eine vor allem durch „Mittelständler"protest und kleinbürgerlichen Antifiskalismus (= Ablehnung von Steuern) dominierte, diffuse und in vielen Teilen rechtsgewirkte Protestbewegung machte in den letzten Wochen auf sich aufmerksam[1]. Kommentatoren diskutieren unterdessen kontrovers über die Frage, ob „eine soziale Bewegung von rechts" existiert[2], und Beobachter/innen sprechen über „eine neue protestorientierte Rechte, welche sich der Kontrolle durch die Parteiführungen entzieht"[3]. Dabei fällt mitunter auch der Begriff „einer ‚Tea Party'-Bewegung à la française", sei es in deskriptiver oder in affirmativer Absicht; zu den begeisterten Befürwortern zählt etwa der ultrarechte Journalist Ivan Rioufol[4].

Aber auch die stärkste Oppositionspartei, die konservativ-wirtschaftsliberale UMP, profitiert derzeit (trotz Versuchs) kaum oder nicht von der aufgeheizten Stimmung[5]. Unter anderem, weil die Partei von inneren Machtkämpfen zerrissen bleibt. Und weil ihre eigene Regierungszeit (zuletzt von Mai 2002 bis Juni 2012) noch zu frisch in Erinnerung bleibt – viele der jetzt umkämpften Vorhaben etwa in der Steuerpolitik gehen ursprünglich auf ihr eigenes Konto.

Von den Konservativen zum FN

Doch ihr ungeklärtes, gespaltenes Verhältnis zur extremen Rechten macht der konservativ-wirtschaftsliberalen Partei ebenfalls zu schaffen. An, mal mehr und mal wesentlich weniger prominenten, Überläufern zum Front National (FN) mangelt es nicht; ebenso wenig an Repräsentanten der UMP, die sich eben mal die Bündnisfrage stellen. Am 6. November 2013 wurde bekannt, dass Philippe Martel, der frühere engste Mitarbeiter des ehemaligen RPR-Chefs Alain Juppé (der neogaullistische RPR war die wichtigste Vorläuferpartei der 2002 gegründeten UMP) in den Jahren von 1980 bis 1994, zum FN übergetreten sei. Alain Juppé war u.a. französischen Außenminister in den Jahren 1993 bis 95, danach Regierungschef – Premierminister von 1995 bis 97 – und zuletzt 2011 bis 2012 abermals Außenminister. Er gilt heutzutage im bürgerlichen Block als „moderat" und „pro-europäisch". Der frühere Ministerialbürokrat Philippe Martel behauptet von sich, seine früheren politischen Ansichten – u.a. auch zur Einwanderung – „um keinen Haaresbreit verändert" zu haben; mit einer Ausnahme: seiner Position gegenüber der Europäischen Union. Seit dem Referendum vom 29.05.2005 über den damals geplanten „Verfassungsvertrag" sei er zunehmend zu EU-kritischen Positionen übergegangen. Ansonsten beruft er sich darauf, schon 1983 Wahlkämpfe mit dem Thema „(gegen) Einwanderung" geführt zu haben, und benutzt ungeschminkt den rechtsextremen Begriff vom angeblich laufenden „Bevölkerungsaustausch"[6].

Die bürgerliche Rechte wird in gewisser Weise auch „geplündert", was ihre Symbole betrifft. Am 9. November 2013 nahm ein führender Parteifunktionär des FN an der Kranzniederlegung zum Todes-

→

Fortsetzung von Seite 7 unten

Zeitung Vrij Nederland den Chef der neonazistischen Nederlandse Volks-Unie (NVU), Constant Kusters, mit den Worten: „Wilders ist Zionist, und es wird mir übel, wenn ich mit Kippa an der Klagemauer stehen sehe. Aber ich teile 90 Prozent seiner Positionen. Die Leute", gemeint sind Wilders' Wähler, „wollen ganz einfach die Grenzen dichtmachen. Wilders schafft, was wir nie erreicht haben."[1] Größere Distanz herrscht bei der Gruppe Zwart Front (Schwarze Front).

Vergleichbare Probleme mit militanten Splittergruppen auf ihrer Rechten hat aber auch eine Partei wie bspw. der französische Front National. Zwischen ihm und Geert Wilders bestehen aber noch Differenzen wie etwa zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare. Die PVV befürwortet diese und behauptet, reaktionär bezüglich der Rechte von Homosexuellen und Frauen seien allein die Muslime, also ihre strategischen Hauptfeinde. Anhänger und Parteifunktionäre des FN dagegen gingen seit einem Jahr gegen die Homosexuellenehe in Frankreich auf die Straße.

Dem Bündnis „opfern" musste der Front National die Bindungen zu einer anderen neofaschistischen Partei in Europa, der ungarischen Formation Jobbik. Nicht nur, weil diese einen zu offenen Antisemitismus propagiert. Darüber hinaus sind die außenpolitischen Orientierungen von Jobbik unvereinbar mit einem „pro-abendländischen", auf Abgrenzung vor allem zu außereuropäischen Einwanderern, zum muslimischen „Kulturkreis" und zu Roma zielende Nationalismus wie bei Geert Wilders. (Vgl. AN 23/2013)

Unterdessen wurde am 17. November 2013 eine Umfrage durch die niederländische Zeitung Dagelijske Standard publiziert. Ihr zufolge stimmen 82 Prozent unter den befragten holländischen Wilders-Wählern der Aussage zu, das Bündnis zwischen Geert Wilders' PVV und dem französischen Front National sei „positiv". Nur 2 Prozent betrachten es als „negativ", während 15 % sich einer Aussage dazu enthalten[2].

Briten und Deutsche mit im Boot?

Die britische UKIP wird vom Front National und seinen derzeitigen, alten oder neuen Bündnispartnern ebenfalls umworben. Geert Wilders verlieh etwa bei seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Marine Le Pen am 13. November 2013 der Hoffnung Ausdruck, nach den Europaparlamentswahlen werde auch die UKIP bei einem Bündnis mittun. Doch ziert sich die britische Partei gewaltig, will sie doch weitaus eher als konservativ denn rechtsextrem gelten. Sie positioniert sich eher als Verteidigerin des Erbes von Margaret Thatcher – die britischen Konservativen unter Thatcher hatten allerdings Jean-Marie Le Pen zu ihrem Kongress in Blackpool im Oktober 1987 eingeladen, von dem er jedoch wegen seines ersten spektakulären antisemitischen Ausfalls (der „Detail-Affäre" vom 13. September 1987) kurzfristig ausgeladen wurde.

Auch die deutsche AfD („Alternative für Deutschland") ist im Blickfeld. Diese müsste dafür allerdings erst noch ins Europaparlament einziehen können. Die britische UKIP, der FN mit drei Abgeordneten, die PVV mit vier und die meisten anderen betroffenen Parteien sitzen dort längst. Ferner hat sich ihr Chef, Bernd Lucke, zur hellen Empörung des sozialdarwinistischen rechten Internetmagazins Politically Incorrect, gegen ein Bündnis mit Marine Le Pen und Konsorten ausgesprochen . Allerdings bleibt die AfD über solche und andere Ausrichtungsfragen erheblich zerstritten.

Quellen

1 Vgl. http://www.vn.nl/Archief/Samenleving/ Artikel-Samenleving/De-nieuwe-extreemrechtse-vrienden-van-Wilders-1.htm

2 Vgl. http://www.dagelijksestandaard.nl/2013/11/pvv-en-sp-blijven-vvdpvda-de-baas

3 Vgl. http://www.pi-news.net/2013/11/afd-bayern-verbietet-pi-und-lernt-es-lucke-nie/

tag des Gründers der Fünften Republik, Charles de Gaulle, in Colombey-les-deux-Eglises (Lothringen) teil. Er hatte sich bereits im November 2012 dorthin begeben. Philippot kandidiert(e) zu den Parlamentswahlen 2012 und zu den Kommunalwahlen 2014 im Norden der Region Lothringen, in Forbach. In diesem Jahr rief seine Anwesenheit dort ein wenig Widerspruch hervor. Der konservative Abgeordnete und frühere Parlamentspräsident Bernard Accoyer (UMP) meldete Protest an und berief sich darauf, dass „die extreme Rechten den General de Gaulle hasst". Dies trifft durchaus zu – aufgrund der Rolle de Gaulles im Zweiten Weltkrieg, wie auch aufgrund seiner Akzeptanz der Entkolonisierung Algeriens, nachdem er diese zuerst bekämpft hatte. Bevor er zur Einsicht gelangte, der Versuch, diese militärisch aufzuhalten, sei zum Scheitern verurteilt. Jean-Marie Le Pen und andere Neofaschisten betrachteten de Gaulle als „Verräter", die rechte Terrororganisation OAS versuchte ihn 1962 zu ermorden. Doch Parteichefin Marine Le Pen erwiderte Accoyer öffentlich, es seien seine Parteifreunde, die de Gaulle verraten hätten, durch „den Ausverkauf der Souveränität Frankreichs"[7]. Streit gab es unterdessen nicht durch die Anwesenheit des Rechtsextremen Philippot am 9. November d.J. am Grabe de Gaulles, sondern auch durch jene der sozialdemokratischen Pariser Rathauskandidatin Anne Hidalgo. Auch ihre Partei war dereinst politisch gegen Präsident de Gaulle gewesen...

Staatsbürgerschaftrecht: UMP unternimmt symbolische Schritte auf den FN zu

Am 22. Oktober 2013 kündigte UMP-Chef Jean-François Copé vor der Presse an, seine Partei werde bis zum Jahresende 2013 im Parlament einen Gesetzesvorschlag für ein verschärftes Staatsbürgerschaftsrecht vorlegen. Zuvor hatte der Parteivorstand der UMP einstimmig einen „Plan für eine neue Einwanderungspolitik" angenommen. Copé erklärte dazu: „Es geht nicht dazu, das Ius soli (Bodenrecht im Staatsbürgerschaft) in Frage zu stellen. Aber wenn man in Frankreich als Kind illegal im Land sich aufhaltender Eltern geboren wurde, ist man nicht dazu berufen, dort zu bleiben. Und man kann nicht die französische Staatsbürgerschaft erhalten. Die Kindern von legal sich in Frankreich aufhaltenden Eltern können nicht automatisch die Staatsbürgerschaft erwerben, sie müssen sie beantragen."[8]

Bei seinen öffentlichen Auftritten erweckte Copé daraufhin den Eindruck, den in Frankreich geborenen Kindern – auch denen von „illegalen" Einwanderern – werde die Staatsbürgerschaft geradezu nachgeworfen, was es ihren Familien erlaube, sich eine Aufenthaltsberechtigung sozusagen zu erschleichen. In Wirklichkeit wird die Staatsangehörigkeit den Betreffenden natürlich keineswegs „hinterher geworfen". Auch wenn sie auf französischem Boden geboren sind, können die Kinder ausländischer Eltern (ob „legale" oder „illegale" Einwanderer) frühestens ab dem Alter von 13 Jahren und auf Antrag der Eltern hin französische Staatsbürger/innen werden. „Illegale" Zuwanderer können also – nach geltendem Recht, d.h. der letzten Gesetzesnovelle zum Thema vom 16. März 1998 – nicht wirklich darauf hoffen, durch ihre französischen Kinder zu einer Aufenthaltserlaubnis dank Familienbanden kommen: Dies würde im Prinzip voraussetzen, dass sie sich auch 13 Jahre nach ihrer Geburt noch in Frankreich aufhalten. Ohne Antrag der Eltern werden die in Frankreich geborenen Kinder (unter der Voraussetzung mehrjährigen ununterbrochenen Aufenthalts) im Alter von 18 Jahren automatisch Staatsbürger/innen. Die damalige konservative Regierung hatte diesen Erwerb unter den Vorbehalt eines ausdrücklichen Antrags gestellt, die sozialdemokratische Regierung von 1997/98 hatte Letzteren wieder abgeschafft.

Die Forderung, dass in Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern möglichst nicht französische Staatsbürger/innen werden dürfen, und die Infragestellung des „Bodenrechts" zugunsten des „Blutsrechts" (Staatsbürgerschaft wird vorwiegend durch Abstammung vererbt) ist seit 30 Jahren einer der Kernpunkte des Parteiprogramms des Front National. Entsprechend wurde der jüngste Vorstoß des UMP-Chefs als Schritt auf die extreme Rechte zu gewertet. Auch wenn Copé sich bemühte, diesem Vorwurf formal zu widersprechen. Sein Einwand lautete: „Frankreich wird durch schwere kommunitaristische Spannungen" – diese Formulierung soll so viel bedeuten wie: Ansprüche stellende und rebellierende Ausländer – „auf der einen Seite, und durch die extreme Rechte andererseits erschüttert. Nur die UMP kann eine Lösung bringen", also gewissermaßen die Gegensätze überbrücken. Auch in den darauffolgenden Tagen hielt die Kampagne aus den Reihen der UMP zum Thema an. Am 25. Oktober 2013 hinterlegte der Abgeordnete Guillaume Larrivé – er steht Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, der vor der Präsidentschaftswahl 2017 auf die politische Bühne zurückkehren möchte und folgerichtig mit den aktuellen UMP-Anführern Copé und François Fillon rivalisiert – einen eigenen Gesetzesvorschlag dazu[9].

Antirassistische Reaktionen

Im Augenblick ist das Thema jedoch ein bisschen in der Versenkung verschwunden. Im Laufe des November d.J. wurde die Debatte eher durch den krassen Rassismus dominiert, der aus verschiedenen Anlässen besonders gegen die schwarze Justizministerin Christiane Taubira laut wurde (*vgl. vorige Ausgabe der AN*). In unzähligen Varianten wird der Name Taubiras mit Begriffen wie „Affe", „Banane", „Wilde" und ähnlichen kombiniert. Zuletzt nahm die rechtsextreme Wochenzeitung Minute in ihrer Ausgabe vom 13. November 2013 entsprechende Wortspiele – die die unvermeidlichen Ausdrücke „Banane" und „Affe" enthielten – auf ihren Titel[10]; mehrere Strafanzeigen wurden dagegen gestellt. Und der Altpräsident des FN, Jean-Marie Le Pen, bezeichnete die Ministerin am 17. November d.J. als „frankreichfeindlich"[11].

Dieses Ausmaß krassen, ungeschminkten Rassismus führte jedoch ab Mitte November d.J. erstmals zu Abwehrreaktionen. Nachdem die Regierungsmannschaft über eine Woche lang gezögert hatte, öffentlich zu reagieren, stelle sie sich dann demonstrativ hinter Justizministerin Taubira. Am Samstag, den 30. November 2013 findet nun in Paris eine antirassistische Demonstration aus dem Anlass dazu. Den Aufruf dazu lancierten Kollektive von Karibikfranzosen und –französinnen, doch er wird inzwischen durch fast alle größeren antirassistischen Vereinigungen und viele Menschenrechtsorganisationen unterstützt. Wir werden selbstverständlich dazu berichten.

Vor diesem Hintergrund versuchte Copé das Ruder herumzuwenden, als er bemerkte, dass die rassistische Kampagne seiner eigenen Partei aus der Kontrolle läuft – und Gegenreaktionen hervorrief. Nach der Parlamentssitzung, bei der die Regierungsfraktionen Christiane Taubira stehend applaudiert hatten, sprach er von einer „gelungenen Medienmanipulation". Das Regierungslager wolle „von den eigentlichen, wahren Problemen der Franzosen" ablenken. Ferner habe es nicht reagiert, als er selbst, Copé, jüngst zum Opfer antisemitischer Attacken aus den Reihen der extremen Rechten geworden sei[12]. Dadurch wollte der gewiefte Polit-Taktierer Copé einerseits den antirassistischen Stellungnahmen des Regierungslagers die Legitimität entziehen und eine Art Opferkonkurrenz aufbauen.

Anderseits hatte er in der Sache insofern nicht Unrecht, als es tatsächlich auch gegen Copé einzelne Angriffe von Mitgliedern des FN gab, die man als antisemitisch charakterisieren muss. Der örtliche Spitzenkandidat des Front National in Mitry-Mory (nordöstlich von Paris, in der Nähe von Meaux, wo Copé Bürgermeister ist), der 23jähige Adrien Desport, hatte sich über ihn im Internet ausgelassen: Sein wahrer Name sei „Copolevic" – so hieß Copés rumänischer Großvater. Und der Mann glaubte hinzufügen zu müssen: „Bei diesen Leuten isst man kein Schweinefleisch." Die Anspielung auf seine jüdische Abstammung war überdeutlich[13].

Frankreich: Umstrittene Abschiebung von Roma

In Frankreich haben die Festnahme der 15-jährigen Leonarda Dibrani während eines Schulausflugs am 9. Oktober sowie ihre anschließende Abschiebung in den Kosovo zu Protesten und regierungsinternen Auseinandersetzungen geführt. Die Roma-Familie kam bereits 2009 nach Frankreich. Ihre Asylanträge wurden in sämtlichen Instanzen abgelehnt. Mehrere Abschiebungsversuche waren bislang gescheitert. Frankreichs Innenminister Manuel Valls (Sozialisten) legte einen Untersuchungsbericht vor, der die rechtskonforme Durchführung der Abschiebung bestätigte. In einem Rundschreiben wies er allerdings darauf hin, dass polizeiliche Maßnahmen zur Beendigung illegalen Aufenthalts weder in der Schule noch bei schulischen Aktivitäten außerhalb der Schule stattfinden dürfen. Dennoch distanzierten sich zahlreiche Politiker aus dem linken Lager von Valls, landesweit protestierten Lehrer und Schüler gegen die Abschiebung. Dibrani wurde schließlich eine Rückkehr nach Frankreich angeboten. Sie erwiderte, sie werde nicht ohne ihre ebenfalls abgeschobene Familie zurückkehren. In Frankreich haben Kinder ohne regulären Aufenthaltstitel wie in Deutschland ein Recht auf die Teilnahme am Schulunterricht.

Quelle: http://www.migration-info.de 14.11.2013 ■

Duisburg: Dritter Brand in Unterkünften

Das Duisburger Netzwerk mahnt zur Vorsicht und zur Sorgfalt bei den Ermittlungen

Innerhalb kürzester Zeit haben in Duisburg drei Brände in Unterkünften für Asylsuchende und Roma in Duisburg für Aufsehen gesorgt. Eine gewisse Hellhörigkeit bei den Behörden bleib bislang aus. Vielmehr werden den Bränden auf keinen Fall politisch motivierte Täter zugeordnet. So kam es gestern in den Nachmittagsstunden zu einem Brand im ehemaligen Asylbewerberheim auf der Königstraße in Walsum. Die recht abgelegene Unterkunft gehörte zu den sieben Standorten, in denen in den nächsten Wochen vor allem Flüchtlinge aus Syrien eine Unterkunft finden sollten. Angesichts der aufgeladenen und in Teilen deutlich rassistischen Stimmung in Duisburg kann aus Sicht des Duisburger Netzwerks gegen rechts Niemand leichtfertig von einer Zufallsserie sprechen. Eine lückenlose Aufklärung der Brände ist in dem Zusammenhang dringend erforderlich. Während noch am vergangenen Wochenende dutzende BewohnerInnen des Stadtteils Neumühl begeistert dem Demozug der rechtspopulistischen Gruppe PRO NRW anschlossen und Parolen wie „ Kein Asyl in Neumühl“ skandierten, sahen sich insbesondere die BewohnerInnen des sogenannten „Problemhauses“ In den Peschen in den letzten Monaten rechter Hetze und Drohungen ausgesetzt. Einen umfassenden Schutz der Betroffenen seitens der Behörden hat es bislang nicht gegeben. Ein Sprecher des Netzwerkes dazu:“ Politik und Behörden stehen hier in der Verantwortung für das was hier möglicherweise übersehen wird. Der Schutz vor rechten Angriffen sehen wir derzeit in keinster Weise gewährleistet. Aus unserer Sicht ist es leichtfertig und unverantwortlich eine rechtsradikale Motivation der Brände voreilig auszuschließen. Ein Zusammenhang der drei Brände muss schnellstens abgeklärt werden.“

Quelle: Duisburger Netzwerk gegen rechts 15. November 2013 ■

Quelle: https://www.openpetition.de

Keine Lager für Frauen!

In den letzten Monaten haben wir viel Aggression und manchmal sogar Gewalt von Rechtsradikalen gegen Unterkünfte für Flüchtlinge gesehen und wir haben auch gesehen, dass viele Linke und MenschenrechtsaktivistInnen und viele andere Teile der Zivilgesellschaft aktiv waren, um Unterkünfte für Flüchtlinge zu verteidigen und ihre Solidarität mit Flüchtlingen auszudrücken.

Wenn Flüchtlinge in Sammelunterkünften leben müssen, sind sie immer Gewalt ausgesetzt. Denn das bedeutet eine Trennung von anderen Teilen der Gesellschaft und macht Flüchtlinge verwundbar.

Dies ist einer der Gründe, warum wir und viele andere FlüchtlingsaktivistInnen seit vielen Jahren sagen: Kein Lager! Wir wollen wie alle anderen in Wohnungen leben!

Wir betrachten die Unterbringung in Lagern, als eine Verletzung unserer Rechte, weil wir so nicht entscheiden können, wo und wie wir leben. Die Behörden bringen uns in Gebäuden in den Randbezirken der Städte unter und diese Ausgrenzung bringt viele Menschen dazu zu glauben, dass mit Flüchtlingen etwas falsch ist oder etwas von ihnen zu befürchten ist. Trotzdem planen die Behörden im ganzen Land neue Lager und das lässt die Spannungen weiter wachsen.

Dieser Druck und die Gewalt von außen hat auch Konsequenzen für die Situation im Lager: Sie führt nicht nur zu Krankheiten, zu Depressionen und Stress, sondern auch zu physischer und psychischer Gewalt unter den EinwohnerInnen. Frauen und Kinder leiden darunter am meisten.

Dies ist einer der Gründe, warum wir sagen: Kein Lager für Frauen!

In Sammelunterkünften gibt es keine Privatsphäre, keinen geschützten Raum. Die Zimmer sind von mehreren Personen belegt, Küchen und Sanitärräume müssen mit vielen BewohnerInnen geteilt werden. Oft sind lange Flure in anstaltsähnlichen

---

Über einen Rückzug seiner Kandidatur zur Kommunalwahl ist dem Verfasser bis zum Redaktionsschluss nichts bekannt. Bei Redaktionsschluss am 24.11.13 firmierte Adrien Desport auf seiner Facebook-Seite jedenfalls noch als „Spitzenkandidat“.

Quellen

1 Aus Platzgründen verweisen wir an der Stelle an unseren ausführlichen Artikel zum Thema: www.trend.infopartisan.net/trd1113/t471113.html (Teil 1) und www.trend.infopartisan.net/trd1113/t481113.html (Teil 2).

2 Vgl. http://www.lemonde.fr/idees/article/2013/11/22/y-a-t-il-un-mouvement-social-de-droite_3519000_3232.html

3 Vgl. vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/11/22/une-nouvelle-droite-contestataire-qui-echappe-aux-etats-majors_3518710_ 823448.html

4 Vgl. http://blog.lefigaro.fr/rioufol/2013/11/bloc-notes-hollande-deborde-pa.html

5 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/11/22/l-ump-ne-tire-aucun-profit-du-rejet-de-l-executif_3518708_823448.html

6 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/11/20/philippe-martel-a-front-decouvert_3516947_823448.html

7 Vgl. http://www.leparisien.fr/politique/ colombey- defile-de-politiques-pour-rendre-hommage-a-degaulle-09-11-2013-3301187.php

8 Vgl. http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20131022.OBS2117/l-ump-s-attaque-au-droit-du-sol.html

9 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/10/25/les-sarkozystes-s-attaquent-a-leur-tour-au-droit-du-sol_3502808_823448.html

10 Vgl. http://www.lemonde.fr/actualite-medias/article/2013/11/13/minute-se-defend-de-tout-racisme_3513326_3236.html

11 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/11/18/christiane-taubira-est-antifrancaise-selon-jean-marie-le-pen_3515391_823448.html

12 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/cope-affirme-avoir-ete-la-cible-de-propos-antisemites-emanant-du-fn-afp_2661722.html

13 Vgl. http://ump.blog.lemonde.fr/2013/10/31/otages-jean-francois-cope-saisit-loccasion-de-discrediter-marine-le-pen/

Unterkünften (z. B. ehemaligen Kasernen) zu durchqueren, um die Dinge zu tun, die andere Frauen alltäglich in ihren privaten „vier Wänden“ verrichten. Das erhöht die Gefahr, Opfer von Übergriffen und Gewalt zu werden und der Alltag wird von Ängsten bestimmt. Deshalb fordern wir von allen EntscheidungsträgerInnen: Machen Sie es möglich, dass Flüchtlingsfrauen Wohnungen bekommen!

Wir fordern von der Bundesregierung: Beenden Sie ihre rückwärtsgewandte Abschreckungspolitik der 90er-Jahre, die das Ziel hat, Flüchtlinge von der Einreise nach Deutschland abzuhalten oder sie zum Zurückkehren zu zwingen. Schaffen Sie das Bundesgesetz zur Unterbringung von Flüchtlingen ab!

Wir fordern von den Landesregierungen: Erlassen Sie landesweite Regelungen, die die Landkreise und Bezirke anweisen, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen – vor allem die Frauen und Kinder!

Wir fordern von den lokalen Behörden: Integrieren Sie Flüchtlinge in Ihre Landkreise und Bezirke, indem Sie ihnen die Möglichkeit geben, in Wohnungen – wo immer sie wollen – zu leben!

Wir appellieren an alle Frauenorganisationen und feministischen Organisationen, die Aktionen am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, planen: Bezieht die Bedürfnisse von Flüchtlingsfrauen mit ein und setzt unsere Forderungen mit auf die Tagesordnung!

Wir appellieren an alle antirassistischen und Menschenrechtsorganisationen: Unterstützt uns und unsere Forderungen und plant eine Aktion am 25. 11., dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, oder schließt euch einer Aktion am 25. November an!

Unter: *https://www.openpetition.de/petition/online/aufruf-zu-einem-schritt-gegen-gewalt-gegen-frauen-keine-lager-fuer-frauen* kann der Aufruf unterzeichnet werden.

Quelle: http://women-in-exile.net 21.11.2013 ■

Fluchtwege öffnen – Tote verhindern!

Eine Lösung für die verbliebenen Flüchtlinge im Lager Choucha / Tunesien!

Anlässlich der am 4./5.12.2013 in Osnabrück stattfindenden Innenministerkonferenz haben die Flüchtlingsräte und das Netzwerk Afrique-Europe-Interact einen Appell an die Innenminister der deutschen Bundesländer und den Bundesinnenminister geschrieben. Darin wird die Aufnahme der im Lager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze verbliebenen afrikanischen Kriegsflüchtlinge aus Libyen in Deutschland gefordert. Damit verbunden wird es am 25.11.2013 an mehreren Orten Deutschlands sowie vor der Deutschen Botschaft in Tunis kleinere Aktionen geben. Am 5.12. ist in Osnabrück eine Pressekonferenz mit bereits in Deutschland aufgenommenen Flüchtlingen aus Choucha geplant, die auch im Vorfeld für Interviews zur Verfügung stehen.

Auf der 193. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 08./09.12.2011 in Wiesbaden wurde die Einführung eines permanenten Neuansiedlungsprogramms (Resettlement) zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika in Deutschland beschlossen. In dem Beschluss „empfiehlt die IMK, in den nächsten drei Jahren jährlich jeweils 300 Flüchtlinge aufzunehmen.“ Am 5.4.2012 folgte eine Anordnung des Bundesministeriums des Innern zur Aufnahme bestimmter nach Choucha (Tunesien) geflüchteter Personen. 201 Menschen aus diesem Wüstenlager, die vor dem Krieg in Libyen geflohen waren, konnten dann Anfang September 2012 endlich nach Deutschland kommen und wurden auf die Bundesländer verteilt. In Hamburg wurden lediglich acht dieser Flüchtlinge aufgenommen.

Im Spätherbst 2013 leben im offiziell geschlossenen Lager Choucha immer noch ungefähr 400 Menschen, unter ihnen Kinder und Kranke – nach Angaben von UNHCR und IOM (International Organisation for Migration) 135 anerkannte Flüchtlinge und 262 abgelehnte Asylsuchende. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischer Hilfe und Strom wurde vom UNHCR zum 30.6.2013 beendet, alle Infrastruktureinrichtungen sind zerstört.

Weil sie verzweifelt nach einem besseren Leben suchen, haben einige der Flüchtlinge einer vom UNHCR vorgeschlagenen lokalen Integration in Tunesien zugestimmt, aber – nachdem sie feststellen mussten, dass diese Lösung mangels rechtlicher, sozialer und ökonomischer Grundlagen in Tunesien nicht funktioniert – das Geld, das sie vom UNHCR dafür bekamen, dazu verwendet, eine „illegale“ Bootsüberfahrt über das Mittelmeer zu bezahlen und damit ihr Leben zu riskieren2.

Wir appellieren an die Innenministerkonferenz, diesen Menschen eine menschenwürdige Lösung anzubieten.

Wir fordern deshalb von den Innenministern der Bundesländer:

- Die verbliebenen Flüchtlinge aus dem Lager Choucha sofort im Rahmen des von der IMK beschlossenen Resettlement-Programms in Deutschland aufzunehmen;
- Angesichts der dramatischen Lage in Nordafrika und in anderen Herkunfts- und Transitländern von Flüchtlingen sowie der Tausenden von Toten auf dem Mittelmeer die Zahl der Aufnahmeplätze in Deutschland entscheidend zu erhöhen;
- Sich auf Bundes- und EU-Ebene für einen sicheren Zugang nach Europa, z.B. auch über Anträge bei den deutschen Botschaften im Ausland, auf dem Meer und an den Grenzen, einzusetzen.

Flüchtlinge aus dem Lager Choucha in Tunesien werden in den nächsten Tagen um eine Vorsprache bei der Deutschen Botschaft in Tunis bitten, um dort als Kriegsflüchtlinge aus Libyen Zugang zu einem Land zu verlangen, in dem sie in Sicherheit leben können. Wir fordern die deutschen Innenminister auf, sich bei der Deutschen Botschaft in Tunis dafür einzusetzen, dass diese Flüchtlinge dort vorgelassen werden und ihnen eine Perspektive auf wirklichen Schutz – z.B. durch das Resettlementprogramm der IMK – angeboten wird, den sie in Tunesien aufgrund der instabilen Lage nicht erhalten können. Damit könnte Deutschland zumindest einen kleinen Beitrag dazu leisten, weitere Tote an den EU-Außengrenzen zu vermeiden.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 08.11.2013 ■

Deutschland: Verbot von „Racial Profiling“

Das Deutsche Institut für Menschenrechte forderte die kommende Bundesregierung Ende Oktober auf, die „Abschaffung rassistischer Personenkontrollen durch die Bundespolizei“ im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Das Institut reagierte damit auf ein Zeitungsinterview mit dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt. Wendt bestätigte darin, dass die Bundespolizei solche Kontrollen weiter durchführen wird. Das Oberverwaltungsgericht in Koblenz hatte im Oktober 2012 verdachtsunabhängige Kontrollen allein aufgrund der Hautfarbe verboten (vgl. Ausgabe 9/12). Wendt wehrte sich im Interview gegen den Vorwurf des Rassismus und rechtfertigte die Kontrollen mit dem im Bundespolizeigesetz festgeschriebenen Auftrag, verdachtsunabhängige Kontrollen zur Verhinderung unerlaubter Einreisen in das Bundesgebiet durchzuführen (§ 22 Absatz 1a). Solle diese Praxis beendet werden, müsse die Politik der Polizei diesen Auftrag entziehen, erklärte Wendt.

Quelle: http://www.migration-info.de 11-2013 ■

MIGRATION & BEVÖLKERUNG
Das Online-Portal zur Migrationsgesellschaft

Racial Profiling durch die Polizei Merseburg

Am 29.10.2013 wurden gezielt Geflüchtete aus dem Lager Krumpa im Hauptbahnhof Merseburg (Sachsen-Anhalt) durch die Polizei kontrolliert. Die Auszahlung von Sozialleistungen an die Geflüchteten findet am Monatsende durch die zuständigen Behörden in Merseburg statt. Deshalb fahren die Geflüchteten aus Krumpa mit der Burgenlandbahn nach Merseburg. Am Vormittag des 29.10.2013 empfingen Fahrkartenkontrolleure in Begleitung der Merseburger Polizei die ankommenden Fahrgäste am Bahnsteig.

Nach dem Ausstieg wurden ausschließlich Afrikaner_innen kontrolliert, was eindeutig ein rassistisch motiviertes Vorgehen der Polizeibeamten Merseburg darstellt. „Deutsche Fahrgäste", die nicht in die rassistischen Fahndungsmuster der Polizei passen, wurden nicht nach der Fahrkarte gefragt.

Zu dieser inakzeptablen Praxis kommt hinzu, dass der Fahrkartenautomat im Zug defekt war und somit einige der Betroffenen situationsbedingt keinen Fahrausweis vorweisen konnten. Hinweise der kontrollierten Personen auf den Defekt des Automaten wurden von den Beamten ignoriert. Es kam zu vermehrten Aufforderungen den Betrag von 40Euro zu entrichten.

Bezeichnenderweise waren an diesem Morgen nicht wie üblich Schaffner im Zug unterwegs; sie warteten mit dem Polizeigefolge am Bahnsteig.

Die Behörden in Merseburg werden aus diesem Grund gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Warum waren gerade am Tag der Auszahlungen von Sozialleistungen keine Kontrolleure im Zug um das Problem mit dem Automat zu regeln?
- Warum wurden ausschließlich Afrikaner_innen kontrolliert; und nicht alle Fahrgäste?!
- Warum wurde ein Geflüchteter aus Mali an diesem Tag zum Polizeirevier gebracht?
- Warum hat die Merseburger Polizei auch einen Passanten, der das Vorgehen der Polizei filmte, zum Dienstwagen gebracht? Sollte er das Video löschen?

Zur Situation im Heim:

Im Durchschnitt sind in Krumpa zwei bis drei Personen in einem etwa 12 Quadratmeter großen Zimmer untergebracht. Für den Heimbetreiber ein rentables Geschäft: Bei 160 € pro Asylbewerber_in erhält der Betreiber zwischen 320 € und 480 € pro Zimmer. Bemühungen einzelner Bewohner_innen sich durch einen Antrag auf Unterbringung in einer dezentralen Wohnung aus diesen unzumutbaren Lebensverhältnissen zu befreien, scheitern häufig oder ziehen sich lange hin. Hierbei bleibt außen vor, welche Konsequenzen miserable Lebensbedingungen durch die isolierte Unterbringung unter anderem auf den Gesundheitszustand der Geflüchteten haben können. Viele der rund 200 in Krumpa untergebrachten Geflüchteten leiden bereits auf Grund von politischer Verfolgung im Herkunftsland oder harten Fluchtbedingungen unter posttraumatischen Belastungsstörungen oder psychischen Erkrankungen wie Angstzuständen oder Depressionen. Innerhalb der auf engstem Raum untergebrachten Bewohnerschaft entstehen hierdurch Spannungen. Fehlende Möglichkeiten zum Erlernen der Sprache, eines Berufs und die Einschränkungen auf die Bewegungsfreiheit der Personen durch die Residenzpflicht bewirken einen allgemeinen Zustand der Lethargie, zudem belastet das Gefühl der Perspektivlosigkeit und unbestimmten Wartens die Menschen immens.

Derzeit bewohnt eine acht-köpfige Familie die Einzimmer-Wohnung, bei der es sich um den Clubraum handelt, mit dessen Fotos auf der Internetseite der BIH für die gehobenen Standards der Sammelunterkunft geworben wird.

Quelle: ari-berlin-dok@gmx.de 20.11.2013 ■

Kein Frieden mit der IMK

Vom 4.-6.12.2013 findet in Osnabrück die Innenministerkonferenz (IMK) statt

Auf der Homepage http://keinfriedenmitderimk.noblogs.org könnt ihr euch über stattfindenden Aktionen gegen die IMK informieren: Es wird ab Mitte November eine Menge spannender Vorträge geben. Während der IMK-Woche werden an jedem Tag Infostände in der Innenstadt aufgebaut sein.

Am 30.11.2013 findet die bundesweite Demo gegen die IMK statt. Beginn ist höchstwahrscheinlich um 13 Uhr am Ledenhof in Osnabrück *(Karte: http://osm.org/go/0GabldBbE?way=36719352)*. Auf dieser Demo wird es einen Block mit Geflüchteten und Antira-Gruppen / Supportern geben. Wir würden uns freuen, wenn ihr mitmobilisiert und zahlreich kommt! …

In der IMK-Woche am Mittwoch, den 4.12. wird es abends eine Nachttanzdemo geben. Wir würden uns freuen, viele von euch zu sehen!

No Lager Osnabrück

Quelle: http://keinfriedenmitderimk.noblogs.org ■

Asylrechtsmissbrauch durch BND

„Der Missbrauch des Asylrechts durch den Bundesnachrichtendienst ist ungeheuerlich", so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zu Medienberichten, denen zufolge die sogenannte Hauptstelle für Befragungswesen (HBW) im Auftrag des BND Flüchtlinge aus Kriegsgebieten befragt. Jelpke weiter:

„Nach Angaben der Bundesregierung aufgrund einer Kleinen Anfrage von mir werden derzeit monatlich zehn Flüchtlinge aus Syrien befragt, außerdem weitere Flüchtlinge aus Ländern wie Somalia und Afghanistan. Wenn diese Flüchtlinge nach den Lebensgewohnheiten von politisch-militärischen Akteuren ausgehorcht werden oder nach der Stimmung in ihren Heimatdörfern, sind dies eindeutig militärisch relevante Informationen. Sie werden an britische und US-amerikanische Geheimdienste weitergegeben und können für Drohnen-Morde oder andere Angriffe auf vermeintliche Gegner genutzt werden.

Das Asylrecht, eigentlich ein Ausdruck einer zutiefst humanitären Gesinnung, wird damit zum Instrument der Kriegführung entstellt. Der BND nutzt so die Notlage von Flüchtlingen schamlos aus.

Die Instrumentalisierung von Flüchtlingen als Informanten der Geheimdienste muss sofort beendet und das Treiben der Hauptstelle für Befragungswesen ans Tageslicht gebracht werden. Darüber hinaus muss geklärt werden, wie der BND überhaupt an die Daten der Flüchtlinge herangekommen ist."

Ulla Jelpke ■

Richter/innen fordern neues Einwanderungsrecht

(pm) Die in ver.di organisierten Richter/innen und Staatsanwält/innen fordern angesichts der Flüchtlingstragödie vor der Mittelmeerinsel Lampedusa ein neues Einwanderungsrecht. Damit unterstützen sie eine Resolution von „Medel", einer europäischen Richter- und Staatsanwälte-Organisation, der ver.di als Mitglied angehört. „Europa darf der fortdauernden Tragöde nicht tatenlos zuschauen", heißt es in einer Presseerklärung von „Medel" zur Resolution. Es sei an der Zeit, dass die EU unter Beweis stelle, dass die in der Grundrechtecharta versprochenen unteilbaren Werte wie Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit und Solidarität keine leeren Worte sind. Der Tod von Flüchtlingen, die versuchen, die EU zu erreichen, sei die unmittelbare Folge der Politik, Europa gegen Flüchtlinge und Immigranten abzuschotten.

Eine humanere europäische Ausländerpolitik erfordere grundlegende Änderungen des Einwanderungs- und Flüchtlingsrechts. „Medel“ hat die EU-Institutionen sowie Mitgliedstaaten aufgefordert, klare und gerechte Einwanderungsvorschriften zu entwickeln.

Quelle: verdi-news 02.11.2013 ■

Bisher nur 986 syrische Flüchtlinge aufgenommen

„Von den angekündigten 5000 syrischen Flüchtlingen, die Deutschland aufnehmen wollte, haben bislang nur 986 Zuflucht in der Bundesrepublik gefunden. Diese Zahl ist beschämend. Umso mehr als Innenminister Friedrich im Mai angekündigt hatte, dass die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 18/61) der Fraktion zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge in den EU-Mitgliedstaaten und der Bundesrepublik Deutschland. Jelpke weiter:

„Der Bürgerkrieg in Syrien geht mit unverminderter Härte weiter, die Zahl der Flüchtlinge wächst täglich. Inzwischen sind mehrere Millionen Menschen auf der Flucht. Angesichts des kommenden Winters wird sich die humanitäre Lage für die syrischen Flüchtlinge im Libanon, in den anderen Nachbarländern und Syrien selbst deutlich verschärfen.

Folgenlose Plädoyers für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen oder der Verweis auf die Zahl der syrischen Asylbewerber reichen angesichts dieser Lage nicht aus. Entschlossenes Handeln der Innenministerien von Bund und Ländern ist jetzt gefragt: die Aufnahme der 5000 Flüchtlinge muss deutlich beschleunigt werden. Die Aufnahme von Flüchtlingen bei ihren Verwandten in der Bundesrepublik muss erleichtert werden, indem die Behörden auf umfassende Bürgschaften verzichten. Und schließlich müssen die EU-Staaten schleunigst ein gemeinsames Aufnahmeprogramm vereinbaren und die Abschottungspraxis gegenüber Menschen in Not aufgeben. Die Milliardenbeträge, die die EU für die technische Hochrüstung ihrer Grenzkontrollen in den nächsten Jahren ausgeben will, wären für den humanitären Schutz von Flüchtlingen deutlich sinnvoller ausgegeben.“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 21.11.2013 ■

Völkerrechtswidrig Push Backs – europäische Komplizenschaft

An der türkisch-griechischen Land- und Seegrenze werden Flüchtlinge systematisch völkerrechtswidrig zurückgewiesen. Das ist das zentrale Ergebnis einer Recherche, die PRO ASYL vom Oktober 2012 bis September 2013 in Griechenland, der Türkei und Deutschland durchführte, und deren Ergebnisse heute im Bericht „Pushed Back“ veröffentlicht werden. Push Backs finden von griechischen Gewässern, von griechischen Inseln und von der Landgrenze statt. Die Mehrheit der Opfer sind syrische Flüchtlinge – darunter auch besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder, Babies und Schwerstkranke – die Europa erreichen wollen, um internationalen Schutz zu suchen und zu ihren Familien in Ländern wie Deutschland, Schweden oder Großbritannien zu gelangen. Während die EU öffentlich ihr Engagement für die syrischen Flüchtlinge beteuert, werden deren grundlegende Menschenrechte an europäischen Grenzen verletzt. Allein nach den Augenzeugenberichten der interviewten Personen wurden mindestens 2000 Schutzsuchende an griechisch-türkischen Land- und Seegrenzen zurückgewiesen.

Der Bericht von PRO ASYL klagt die griechische Regierung, die Grenzpolizei und die Küstenwache aufgrund dieser Praktiken an und wirft die Frage nach einer weitergehenden europäischen Komplizenschaft auf. Das gesamte griechische Asyl- und Migrationssystem basiert auf einer erheblichen Unterstützung und Finanzierung durch die EU. Auch Frontex ist seit Jahren in Griechenland im Einsatz – dennoch schweigen die Entscheidungsträger in Berlin, Wien und im restlichen Europa über die Menschenrechtsverletzungen.

Tote in der Ägäis – Konsequenzen der Schließung der Landgrenze

Die Verschiebung der Fluchtrouten von der Evros Region zurück in die Ägäis als Reaktion auf die Schließung der Landgrenze im Sommer 2012 führte vielfach zum Tod von Flüchtlingen. Seit August 2012 haben 149 Personen, hauptsächlich syrische und afghanische Flüchtlinge ihr Leben in diesen Gewässern verloren.

Die Brutalität und das Ausmaß der im Bericht dokumentierten Verletzungen sind schockierend

In den Interviews werden Beamte maskierter Spezialeinheiten beschuldigt, Flüchtlinge nach ihrer Festnahme willkürlich inhaftiert zu haben, ohne jegliche Registrierung auf griechischem Territorium, und sie anschließend völkerrechtswidrig in die Türkei abgeschoben zu haben. Spezialeinheiten der griechischen Küstenwache überließen Flüchtlinge in türkischen Territorialgewässern sich selbst, ohne auf ihre Sicherheit zu achten. Die meisten Befragten berichteten, misshandelt worden zu sein. In den Fällen, in denen Flüchtlinge von der Insel Farmakonisi zurückgewiesen wurden, grenzten die Misshandlungen neun männlicher syrischer Flüchtlinge an Folter.

Frontex muss die Operationen in Griechenland beenden

Die Ergebnisse des vorliegenden Berichtes stellen außerdem das Engagement der Europäischen Union und insbesondere der Frontex-Operation „Poseidon Land and Sea“ in Frage. Abgesehen von wenigen Ausnahmen fanden alle dokumentierten Push Backs im Operationsgebiet von Frontex statt. PRO ASYL stellt daher die Frage nach der Beteiligung von Frontex an den Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund der Häufigkeit und Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Griechenland, muss Frontex seine Operationen in dem Land beenden. Dies ist in der Frontex-Verordnung von 2011 vorgesehen. Zusätzlich muss jegliche europäische Finanzierung von Flüchtlingsabschreckung in Griechenland umfänglich evaluiert werden.

Die kommende Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2014 wird Griechenland die Präsidentschaft des Europäischen Rates übernehmen. PRO ASYL ruft die griechische Regierung dazu auf, ihr berechtigtes Eintreten für mehr Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme durch die Beachtung von Flüchtlings- und Menschenrechten zu untermauern. Die völkerrechtswidrigen Praktiken der Zurückweisung und Misshandlungen von Schutzsuchenden müssen unverzüglich beendet werden.

PRO ASYL ruft alle EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, Visabestimmungen zu lockern, die Definition von Familienzusammenführung zu erweitern, und Visa aus humanitären Gründen für Flüchtlinge – vor allem für diejenigen aus Syrien – im türkischen Transit zu erteilen. Dies würde einen sicheren und legalen Zugang zum Territorium der EU ermöglichen.

Flüchtlinge und Asylsuchende, die in Griechenland festsitzen, brauchen ein Recht auf eine legale Weiterreise in andere europäische Staaten, wo ihre Familien leben und wo sie eine Chance haben, Schutz zu erhalten.

Quelle: Presseerklärung http://www.proasyl.de 07.11.2013 ■

Bleiberecht für Flüchtlinge

Keine Abschiebungen nach Ungarn

Mit der Übergabe von mehr als 3000 Unterschriften an das Innenministerium Baden-Württemberg fordern Flüchtlinge und Unterstützerinnen und Unterstützer heute ein Bleiberecht für die Gruppe der 72 aus Ungarn weitergeflüchteten Afghaninnen und Afghanen. Die Betroffenen waren im Juni dieses Jahres aufgrund der menschenunwürdigen Aufnahme- und Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Ungarn nach Baden-Württemberg weitergeflohen. Nun droht ihnen die Abschiebung nach Ungarn.

Flüchtlinge werden in Ungarn maximal 12 Monate lang in einem „Pre-Integration-Camp“ untergebracht.

Danach sind sie auf sich selbst gestellt. Für die meisten – vor allem für Familien – ist es nahezu unmöglich, eine Wohnung oder Arbeit zu finden, die Kinder können nicht in die Schule gehen, es besteht kein Krankenversicherungsschutz. Für die Mitglieder der „Karlsruher Gruppe“ war die Zeit im „Pre-Integration-Camp“ Ende März abgelaufen – jegliche finanzielle, medizinische und soziale Unterstützung wurde ihnen anschließend entzogen. Wie den meisten Geflüchteten in Ungarn drohte ihnen Obdachlosigkeit. Die Flüchtlinge hatten sich deshalb an die ungarische Immigrationsbehörde OIN und das Innenministerium gewandt, doch ohne Erfolg.

Zu ihrer Entscheidung, Zuflucht in Deutschland zu suchen, erklärten sie in einer Stellungnahme gegenüber dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR: „Wir haben keine andere Möglichkeit gesehen, als zusammen zu bleiben und eine gemeinsame Lösung woanders zu suchen. Wir haben festgestellt, dass das europäische Asylsystem nicht funktioniert, es gibt keine Gleichbehandlung und gleiche Bedingungen für Asylsuchende und Flüchtlinge in Europa.“

Die Betroffenen wurden in Ungarn als Flüchtlinge anerkannt oder haben einen „subsidiären Schutz“

erhalten. Das europäische Asylrecht sieht vor, dass die Betroffenen daher in Ungarn bleiben müssen.

Aufgrund der desolaten Situation von Flüchtlingen in Ungarn sind Abschiebungen dorthin jedoch nicht zu verantworten. In Ungarn drohen Flüchtlingen Obdachlosigkeit und rassistische Übergriffe, Asylsuchenden droht die Inhaftierung. Das belegen unter anderem Berichte von bordermonitoring.eu und PRO ASYL: eine aktuelle Recherche zeigt, dass sich an den Anfang 2012 umfangreich dokumentierten Verhältnissen nur wenig geändert hat.

Dem tragen auch Verwaltungsgerichte Rechnung. Einem Teil der Betroffenen gewährten

Verwaltungsgerichte mit Verweis auf die unzumutbaren Lebensverhältnisse in Ungarn einen Eilrechtsschutz gegen die Rücküberstellung, andere Verwaltungsgerichte lehnten entsprechende Anträge ab. Obwohl die überwiegend positiven Gerichtsentscheide belegen, dass die in den Eilanträgen formulierten Zweifel an menschenwürdigen Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Ungarn berechtigt sind, versuchte das Regierungspräsidium Karlsruhe in der vergangenen Woche mit den Rücküberstellungen zu beginnen.

Die Betroffenen, ihre Unterstützerinnen und Unterstützer vor Ort, der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und PRO ASYL fordern die Landesregierung auf, eine humanitäre Lösung zu finden und dafür einzutreten, dass Abschiebungen nach Ungarn bundesweit ausgesetzt werden. Für die 72 afghanischen Flüchtlinge fordern die Betroffenen und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer: Bleiberecht für alle Mitglieder der Gruppe – zunächst bis zum Abschluss der Gerichtsverfahren! Keine Rückführung nach Ungarn! Keine Abschiebung nach Afghanistan

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL – Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 12.11.2013 ■

Verschiebebahnhof bleibt

Europäischer Gerichtshof bestätigt Recht Asylsuchender auf Schutz vor unmenschlicher Behandlung in der EU. Wende in der Flüchtlingspolitik steht weiterhin aus

Wenn „systemische Mängel“ im Asylsystem eines anderen EU-Staates befürchten lassen, dass Asylbewerber dort eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung erfahren, dürfen sie nicht dorthin zurückgeschoben werden. Das hat der Europäische Gerichtshof diese Woche im Fall eines iranischen Flüchtlings bestätigt, der gegen seine Abschiebung aus Deutschland nach Griechenland geklagt hatte.

Kaveh Puid hatte 2007 in Deutschland Asyl beantragt. Weil er aber über Griechenland eingereist war, ließ ihn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge inhaftieren und ordnete seine Abschiebung nach Griechenland an. Denn nach der Dublin-Verordnung ist immer der EU-Staat für ein Asylverfahren zuständig, in den ein Asylsuchender zuerst eingereist ist.

Einen effektiven Rechtsschutz dagegen gibt es nicht. Puids Klage wurde daher erst nach seiner 2008 erfolgten Abschiebung vor einem hessischen Verwaltungsgericht verhandelt. Das Gericht schenkte seiner Darstellung Glauben, dass er in Griechenland zunächst eingesperrt wurde und anschließend obdachlos war, mithin keinen Zugang zu einem fairen Asylverfahren hatte. Das Gericht sah deswegen in seiner Abschiebung eine Verletzung der europäischen Grundrechtecharta. Es ordnete seine Rückkehr nach Deutschland und die Durchführung des Asylverfahrens durch das Bundesamt an, das Puid im Jahr 2011 als Flüchtling anerkannte. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof wollte daraufhin vom Europäischen Gerichtshof geklärt wissen, unter welchen Umständen andere EU-Staaten, als die nach der Dublin-Verordnung zuständigen, zur Asylprüfung verpflichtet sind.

Das europäische Gericht hat nun ein Grundsatzurteil aus dem Jahr 2011 bestätigt, demzufolge ein Asylsuchender nicht in den Ersteinreisestaat zurückgeschoben werden darf, wenn dort schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. In diesen Fällen kann das Bundesamt in Nürnberg die Asylprüfung selbst übernehmen. Es kann aber auch prüfen, ob womöglich ein dritter EU-Staat zuständig ist, etwa wenn dort Familienangehörige leben oder auf der Durchreise ein Asylantrag gestellt wurde. Nur wenn dieses Prüfverfahren zu lange dauert, ist der aktuelle Aufenthaltsstaat doch zur Prüfung des Antrags verpflichtet.

Damit bleibt zunächst einmal alles, wie es ist. Das grundsätzliche Prinzip der Dublin-III-Verordnung, dass Asylbewerber im Ersteinreisestaat ihr Verfahren betreiben müssen, bleibt unangetastet. Ausnahmen von dieser Regel im Falle „systemischer Mängel“ in einem Dublin-Staat, also menschenunwürdige Lebensbedingungen für Asylsuchende, werden weiterhin politisch und juristisch erstritten werden müssen. Erst nach dem Urteil des EuGH von 2011 und immensem Druck von Menschenrechtsorganisationen hatte die Bundesregierung erklärt, grundsätzlich das sogenannte Selbsteintrittsrecht im Falle von Asylsuchenden auszuüben, die über Griechenland in die Bundesrepublik eingereist sind. Aber auch im Falle Italiens, Maltas und Ungarns gibt es vermehrt erschütternde Berichte über Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen. Das aktuelle EuGH-Urteil führt vor Augen, welche unmenschlichen Auswirkungen das jetzige System hat, in dem Schutzsuchende hin- und hergeschoben werden, statt ihnen schnell und effektiv Schutz zu gewähren. Das kann nur eine grundsätzliche Reform der Dublin-III-Verordnung beenden, die den Asylsuchenden selbst die Wahl ihres Aufnahmestaates überlässt.

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 18.11.2013
(erschienen in junge Welt, 16.11.2013)

Antifaschistische Bildung kostet Geld – Unterstützung benötigt

In Sachsen haben sich Anfang des Jahres 2010 junge und ältere Antifaschist_innen zusammen gefunden und die Idee einer gemeinsamen Bildungsreise entwickelt. Zum einen soll das Ziel verfolgt werden, Wissen zu erhalten, zum anderen soll auch die Vernetzung der antifaschistischen Akteure, nicht nur in Sachsen, damit befördert werden. Im Jahr 2011 führte die Reise nach Paris. Die Teilnehmenden schauten sich unter anderem das Resistance-Museums Mémorial Leclerc und das Musée Jean Moulin an. Im Jahr davor waren sie in Slowenien auf den Spuren der Partisan_innen. Im Jahr 2012 führte die Bildungsreise nach Dänemark.

Über die Reisen kann sich hier informiert werden:

2010: http://infoladen-zittau.de/?p=892
2011: http://infoladen-zittau.de/?p=890
2012: http://infoladen-zittau.de/?p=866

Für das Jahr 2014 organisieren der CriThink! e.V. – Gesellschaft zur Förderung des kritischen Denkens und Handelns (Saarbrücken), der Verein AKuBiZ e.V. (Pirna) und der Tamara-Bunke-Verein aus Zittau eine antifaschistische Bildungsreise in die Normandie um die Spuren des Widerstandes in Frankreich weiter zu erkunden und an den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der Landung der alliierten Streitkräfte und den damit begonnen Kampf regulärer Armeen an der Westfront in Europa gegen das faschistische Deutschland teilzunehmen.

Die Organisator_innen möchten einen Teil der NS-Geschichte auf der Reise in die Normandie mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufarbeiten. Auf dieser historischen Reise wird unter anderem das Fort Breendonk, ein ehemaliges Konzentrationslager in Belgien besichtigt. Neben der Teilnahme an Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung in der Normandie soll es außerdem Gespräche mit Kämpfer_innen der Ressistance und der Marquis geben.

Um allen Interessierten eine Teilnahme zu ermöglichen, sind die Teilnehmer_innenbeträge nach Einkommen gestaffelt. Eine Teilnahme soll nicht am Geld scheitern.

Um die Teilnahme für Wenigverdiener_innen möglich zu machen, bitten wir Sie / Dich um eine Spende. Gern stehen wir auch für weitere Informationen zur Verfügung.

Eine Unterstützung kann auf die nachfolgende Bankverbindung überwiesen werden. Die Unterstützer werden namentlich auf Wunsch in sämtlichen Publikationen über die Reise genannt. Wir sagen bereits jetzt herzlichen Dank.
AKuBiZ e.V.
Volksbank Pirna e.G.
Konto: 1000 933 180
BLZ: 850 600 00
Verwendungszweck: antifaschistische Bildungsreise 2014

Sven Gerstner (AKuBiZ e.V.)
Ramona Gehring (Tamara Bunke Verein) ■

In die Heimat vertrieben1

Flüchtlingsdrama Deportation Cast berührt und verstört

Das Theater im Bauturm (Köln) zeigte am 15. November Björn Bickers Stück Deportation Cast und lud im Anschluss zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Flüchtlingspoltik. Inszeniert von Gerhard Roiß erzählt es die Geschichte von einer in den Kosovo abgeschobenen Roma-Familie.

Verstörend wirkt dabei das vom jüngsten Sohn Egzon (David N. Koch) geschilderte Schicksal seiner Eltern (Christoph Wehr und Susanne Kubelka) und der Schwester Elvira (Mirka Flögl). Nach einem Brandanschlag auf ihr Haus, welcher den Jungen traumatisiert und stumm gemacht hatte, musste die Familie nach Deutschland fliehen. Dort verliebt sich Elvira in den Sohn eines Piloten. Nachdem der Vater keine Arbeit gefunden hatte, wird die 5-köpfige Familie (der älteste Sohn taucht im Stück nicht auf) wieder in den Kosovo abgeschoben.

Hier setzt die Handlung des Stücks ein. Kontrastiert wird das Leben der Roma, ein Alltag zwischen Müllsammeln, Prostitution und Anfeindungen, durch den Liebeskummer des Pilotensohnes, der inspiriert von seiner Lehrerin die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik zu hinterfragen beginnt. Dabei kommt es auch zu einem Zerwürfnis mit dem Vater, welcher selbst schon Maschinen mit Abgeschobenen geflogen hatte. Unterbrochen werden die beiden Familiendramen durch Statements vonseiten eines Anwalts, eines Arztes, einer Beobachterin und einer Sachbearbeiterin. Die insgesamt 12 Rollen des Stücks wurden alle von dem 4-köpfigen Ensemble gespielt.

Im Anschluss diskutierten auf dem Podium Jörg Detjen (Sprecher der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE), Klaus Jünschke (Kölner Appell gegen Rassismus und Runder Tisch für Integration) und Ossi Helling (Ratsmitglied Bündnis 90/Grüne) zur aktuellen Lage der Flüchtlinge in Köln. Dabei brachten sich insbesondere die Schauspieler*innen engagiert in die Debatte ein, die von viel Empathie für die Betroffenen ebenso geprägt war wie von Verständnislosigkeit angesichts des menschenunwürdigen Umgangs der Behörden mit Asylsuchenden.

Das Stück ist im Bauturm noch zweimal, am **18. und 19.12**., zu sehen.

„Mächtig ist das Bundesamt. Wenn die sagen, im Kosovo ist alles gut, dann ist alles gut. Jeder weiß, dass es nicht so ist. Das sind die zwei Wirklichkeiten." – Anwalt in Deportation Cast

Felix Schneider ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Doppelte Staatsbürgerschaft und der Euro

Junge Freiheit Nr. 46/13 vom 8. November 2013

Ein Thema der Koalitionsverhandlungen im Bund ist die doppelte Staatsbürgerschaft auch für Nicht-EU-Bürger, die die CDU im Jahr 1999 verhindert hat. Bereits jetzt haben zahlreiche Menschen aus EU-Mitgliedsstaaten und den USA eine doppelte Staatsbürgerschaft. Das ist für das Blatt auch kein Problem, gehören die Menschen nach Ansicht des Blattes zum „europäischen Kulturkreis". Es geht, wie schon so oft, um die Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Von denen behauptet das Blatt, das damit „dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der sich als wahres Oberhaupt aller in Deutschland lebenden Türken versteht, auch der eingebürgerten, eine rasch aufwachsende fünfte Kolonne zur Einmischung in die deutsche Politik" geschaffen werde. Man erinnere sich: Der Begriff „fünfte Kolonne" stammt aus dem spanischen Bürgerkrieg, als der Franco-General Mola nach dem Putsch gegen die Republik verkündete, er werde vier Kolonnen gegen Madrid führen, der wahre Schlag werde jedoch von der fünften Kolonne in Madrid geführt, von den in Madrid lauernden Franco-Anhängern. Außerdem bezeichnete der frühere tschechische Ministerpräsident Zeman die Sudetendeutsche Partei unter Konrad Henlein als fünfte Kolonne der Nazis. Eine solche Gleichsetzung der türkischstämmigen Migrationsbevölkerung in der Bundesrepublik mit faschistischen Gruppierungen ist infam.

An die CDU/CSU gerichtet fordert das Blatt: „Das mindeste … wäre das Festhalten an diesem Minimalkonsens (*von 1999, d. Red.*) und eine programmatische Perspektive zur Wiederherstellung klarer Verhältnisse ohne Doppelpass und andere Zweideutigkeiten. Schließlich geht es um Fundamente von Staat und Gesellschaft …" Und die sind nach Meinung des Blattes im national.

In einem ganzseitigen Interview mit Prof. Dr. Wilhelm Hankel, einer der Kläger gegen die Euro-Einführung, sucht das Blatt nach einem neuen Weg zur Abschaffung des Euro – Hankel schlägt eine Doppelwährung vor, wie sie bereits vor 1999 existiert hat. Das bedeutet Wiedereinführung der nationalen Währungen parallel zu einem EU-Euro: „Dennoch, da der europäische Währungszusammenhalt erhalten bliebe, könnten vor allem dem deutschen Export schädliche Kampf-Abwertungen gegen die D-Mark leichter ausgeschlossen werden. Dazu kämen die Vorteile auf dem Feld der Europa-Politik."

Die AfD im inneren Streit?

Junge Freiheit Nr. 46 + 47 vom 8. und 15. November 2013

Am 9. November führte die Alternative für Deutschland (AfD) ihren zweiten Parteikonvent durch, der sich unter anderem mit dem künftigen Programm, den Finanzen und der Satzung befasste. Im Vorfeld des Konvents hatte der AfD-Sprecher Bernd Lucke in einem Schreiben an die Mitglieder seine Position zum Islam vorgestellt – der Aufnahmestopp für ehemalige Mitglieder der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit" hatte zu zum Teil heftigen Diskussionen geführt. Das Blatt berichtet, Lucke habe die Ansicht, der Islam gehöre zu Deutschland, als „falsch und töricht" zurückgewiesen. Ein Ergebnis des Konvents war eine Pressemitteilung, „in der der Sprecher des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Alexander Dilger, Gerüchte dementierte, parteiintern werde darüber diskutiert, Parteichef Bernd Lucke abzulösen." Das interpretiert das Blatt als Anzeichen für ernsthaften Streit und bezeichnet die Parteifinanzen und die Auseinandersetzung um Europa als die Hauptstreitthemen. Die Partei hat für den Bundestagswahlkampf zwei Kredite in Höhe von jeweils 500 000 Euro mit vorzüglichen Konditionen erhalten: Die Rückzahlung beider Darlehn seien von einem „ungenannten Geldgeber" an die Kassenlage der Partei gekoppelt. Ein weiterer Konflikt ergab sich um das Treffen des Sprechers der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und des stellvertretenden Sprechers von NRW mit dem britischen Europa-Abgeordneten Nigel Farage. Farage ist Vorsitzender der britischen UKIP, die für den Austritt Großbritanniens aus der EU eintritt. Die Bundessprecher der AfD erklärten jedoch, die UKIP sei nicht ihr Bündnispartner.

Kooperation rechter Parteien im EU-Parlament

Junge Freiheit Nr. 48/13 vom 22. November 2013

In einer gemeinsamen Konferenz besprachen die niederländische „Partei für die Freiheit" mit Geert Wilders und der französische Front National mit Marine Le Pen. Wenig später hatte der österreichische FPÖ-Abgeordnete Andreas Mölzer zu einem Treffen der Schwedendemokraten, des Vlaams Belang, der Slowakischen Nationalpartei, des Front National und der Lega Nord eingeladen. Für eine Fraktion im EU-Parlament brauchen die Parteien mindestens 25 Fraktionsmitglieder aus mindestens 7 Ländern. Bislang existiert die Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie" unter Führung der britischen UKIP und der italienischen Lega Nord. Daneben bestehen noch zwei rechte Allianzen – die „Europäische Allianz für die Freiheit", der die FPÖ, der Vlaams Belang, ein britischer Abgeordneter und der Front National angehören – sowie die „Europäische Allianz der nationalen Bewegungen", in der sich die ungarische Jobbik, die British National Party, ein Abgeordneter des Front National, die italienische Flamma Tricolore und die bulgarische National-Demokratische Partei zusammengeschlossen haben. Wilders Partei hat derzeit vier Abgeordnete im Europaparlament. Ein Zusammenschluss von Front National und der niederländischen Partei könnte eine starke Kerngruppe einer rechtspopulistischen Fraktion im kommenden EU-Parlament bilden.

Uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507